

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 22. April 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 46

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Zur Generalversammlung: Vertiefung des gewerkschaftlichen Gedankens; Taubstumme Maschinenleher; Frohden keine Unterfützung für militärische Übungen; Noch einmal die Spartenunterstützungseinrichtungen.

Volkswirtschaft: Von der „Volksfürsorge“ und ihren Gegnern.

Korrespondenzen: Chemnitz. — Frankfurt a. M. — Frankfurt a. O. — Leipzig. — Bregenz. — Bismarck. — Magdeburg. — Mühlheim (Ruhr) (M.-M.). — Neustadt i. S. — Potsdam. — Stuttgart.

Rundschau: Ferien. — Gehilfenprüfungen. — Freigesprochener Buchdruckerbeihilfer. — Reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens. — Zurückhaltung der Leistungen. — Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. — Herr im eigenen Hause. — Mangelndes sozialpolitisches Verständnis bei Oberverversicherungsämtern. — Resultat der Streikprozesse im Ruhrreviere. — Die Familienunterstützung bei Krankenkassen. — Gewerkschaftsnachrichten.

□□□ Zur Generalversammlung □□□

Vertiefung des gewerkschaftlichen Gedankens.

Wie in allen wissenschaftlichen, technischen, wirtschaftlichen und politischen Abhandlungen es sich wie ein roter Faden hindurchzieht, daß ein kleines Säuschen von Menschen in allen diesen Fragen der großen Masse unseres Volkes um ein Nennliches vorausgeht und daß das Volk nicht dazu zu bringen sei, auch nur einigermaßen an diesen Fragen teilzunehmen oder doch wenigstens um sie sich zu kümmern, so tauchen auch in unsern Versammlungen und in Anträgen zur Generalversammlung, immer mehr Gedanken und Vorschläge auf, um das Interesse unserer Kollegen zu wecken und zu weigern.

Während von vornherein möchte ich aber betonen, daß ich für Schaffung einer Gewerkschaftsschule und von sonstigen Einrichtungen innerhalb unseres Verbandes nicht zu haben bin. Die örtlichen Gewerkschaftskartelle haben diese Frage schon genügend ventiliert, aber alle Vorschläge und Einrichtungen haben nicht den erwünschten Erfolg gezeitigt. Ja, es mußte sogar von der Abhaltung von Vorträgen (ganz besonders an solchen Orten, wo für die Lokale Miete bezahlt werden muß), der Einrichtung von Diskussionsklubs und der Veranstaltung von Unterrichtskursen in Buchführung, Rechnen, Rechtschreibung usw. wieder Abstand genommen werden, weil die Beteiligung zu schwach war oder im Laufe der Zeit die Befestigung des Lernens mißde wurden. Nur die Vorträge mit Lichtbildern haben sich bewährt, aber auch nur soweit, als ihr Inhalt den Sport und das Reisen in andern Gegenden und Ländern betraf.

Auch eine Stuttgarter Versammlung hat sich über diesen Punkt unterhalten. Von allen Seiten wurde die Lehrgänge der Mitglieder bedauert, ohne aber selbst bessere Vorschläge als die angeführten, bis jetzt fruchtlos gewesen, zu machen. Nur die Opposition glaubte das Rezept zur Abhilfe dieses Abfalls gefunden zu haben, indem sie betonte, daß hieran der Staffelfarif die Schuld trage. Unsere jungen Leute würden sich mehr um ihre Lage kümmern, wenn sie sich nicht sagen könnten, von Zeit zu Zeit bekommt du ja sowieso deine Aufbesserung, was brauchst du da in die Versammlungen zu gehen usw.

Gewiß kann man über einschneidende Fragen verschiedener Meinung sein, aber daß nur so ohne weiteres behauptet wird, hieran trüge der Staffelfarif die Schuld, ist denn doch etwas stark. Wir haben eine Reihe von Gewerkschaften, die keine Tarifverträge haben, der Versammlungsbesuch ist auch nicht besser als wie bei den Buchdruckern, wovon ich mich schon selbst überzeugt habe. Ein guter Versammlungsbesuch ist nur dann aufzuweisen, wenn aktuelle Fragen auf der Tagesordnung stehen, oder wenn man bei nicht in allen Teilen befriedigenden Lohnabmachungen glaubt, den Führern eins auszuweisen zu können.

Diesem Abstand abzuheben, ist meines Erachtens Sache jedes einzelnen resp. für die jüngere Generation das Elternhaus. Aber gerade hierin ist es noch sehr schlecht bestellt. In unserer heutigen Zeit wird nämlich sehr viel auf den äußerlichen Effekt gelegt. Dieser ist dazu angetan, der Oberflächlichkeit die Tore zu öffnen, anstatt dem Wahren und Ideellen zuzuführen. Diese Oberflächlichkeit ist am besten im Theater zu beobachten, indem man in diesen Bildungskreisen die Wahrnehmung machen kann, daß oft bei den ernstesten Szenen, die für das Leben der unteren Schichten von tief einschneidender Bedeutung sind, ein Gelächter ausbricht, die einen aufmerksam-Zuhörer und zugleich Angehörigen dieser Volksschicht beschämt macht. Auch ist zu beobachten, wie derartige Bildungsinstitute die Oberflächlichkeit der großen Masse ausüben, indem sie zum großen Teil nur Stücke auf den Spielplan setzen, die dazu angetan

sind, den Nervenkitzel durch komisch wirkende Figuren und Verwicklungen zu erregen. Auch sind die Kinematographen und deren starker Besuch durch die unteren Volksschichten ein Beweis für meine Behauptungen.

Will also unsere Jugend in einem andern Geist als dem gewohnheitsmäßigen erzogen werden, so muß vor allem die „ältere Jugend“ mit gutem Beispiele vorangehen. Aber letztere ist manchmal dem äußeren Effekt unseres Vereinslebens und Gesellschaftslebens noch zugänglicher. Wenn aber die jüngere Generation von dem gewerkschaftlichen Gedanken durchflutet werden soll, dann ist es notwendig, daß im engeren Familienkreis über derartige Fragen gesprochen wird und nicht, wie es zumeist geschieht, nur über das Vereinsleben und das Gesellschaftsleben. Auch muß sie aufgefordert und angehalten werden, die Versammlungen der Organisation zu besuchen. Wenn das die Eltern nicht fertig bringen, dann dürfte es an den noch schwerer fallen. Zum Schluß möchte ich den Kollegen zurufen: Jeder prüfe sich vor allem selbst, und wenn er dann die Licht- und Schattenseiten seines Naturells festgestellt hat und so auf Grund der Studien an seiner eignen Person weitere bei andern Menschen macht und dann alles in besserer Ordnung gefunden hat, ist man berechtigt, die Schuld solcher allgemein und überall auftretender Erscheinungen den Einrichtungen unserer Organisation zuzuschreiben. Denn durch ein Schlüsselwort werden die Kollegen des Nachdenkens über die wichtige Frage entbunden und blindlings wird rationiert zum Nachteil unsres Verbandslebens.

Stuttgart.

B. L.

Anmerkung der Redaktion: Wir möchten den Wunsch nicht unausgesprochen lassen, bei der Diskussion zur Generalversammlung die direkt für unsre Organisation maßgebenden Gesichtspunkte etwas mehr in allgemein interessierender Form zu betonen.

Taubstumme Maschinenleher.

Veranlaßt durch den Antrag des Verbandsvorstandes zur Generalversammlung, daß Taubstumme oder mit sonstigen Gebrechen Beschaffte nur mit vorheriger Zustimmung des Verbandsvorstandes aufgenommen werden dürfen, ließ Kollege Barth in Nr. 35 unter der Überschrift „Ein Nachdrei der taubstummen Kollegen“ einen Artikel los, der sich auch mit der Ausbildung der Taubstummen als Maschinenleher befaßt.

Wenn man auch den Ausführungen im großen und ganzen zustimmen kann, so muß ich mich doch gegen die Ausführungen wenden, die sich mit dem Arbeiten der taubstummen Kollegen an den Sehmashinen befassen.

Die Artikel, die hierüber in letzter Zeit im „Korr.“ erschienen sind, stammen zum Teil von taubstummen Kollegen, die keine Maschinenleher sind und nur das Sehen geübt haben; zum andern Teil von Maschinenleherern mit gesundem Gehör. Ich möchte nun dies Thema einmal vom Standpunkt eines schwerhörigen Maschinenleherers behandeln.

Es muß doch einem jeden einsichtigen Kollegen von vornherein einleuchten, daß um Arbeiten an einer mit komplizierten Mechanismus versehenen Maschine ein gutes Gehör die erste Bedingung ist. Es ist eben nicht immer und überall der Fall, daß ein gutes Auge das Gehör ersetzen kann. Mit „Studien an der Konstruktion“ kann man hier nichts anfangen. Es wurde mir schon vor etwa acht Jahren vom Geschäftsführer meiner damaligen Kondition das Anerbieten gemacht, mich an der Maschine auszubilden. Ich lehnte dies damals ab, weil ich mir sagte, daß ich als schwerhöriger wohl nie ein tüchtiger Maschinenleher werden könnte.

Vor etwa drei Jahren verlor ich nun plötzlich durch besondere Umstände die mir versprochene „dauernde“ Stellung als Metteur in einer Tageszeitung. Nach etwa zwölfwöchiger Arbeitslosigkeit trat ich bei meinem jetzigen Prinzipal als Handleher ein. Da ich aber hier nicht den Verdienst erzielen konnte, den ich bis dahin gehabt hatte, wurde mir das Anerbieten gemacht, daß ich mich in der klauen Zeit an Typograph ausbilden könne, um eventuell bei späterem Bedarf als Maschinenleher verwendet zu werden und so meinen Verdienst wieder zu erhöhen. Da ich nun verheiratet war und für Frau und Kinder zu sorgen hatte, nahm ich diesmal das Anerbieten an. So bildete ich mich denn selbst zum Typographen aus, um ein Jahr später, beim Übergange zur täglichen Ausgabe der Zeitung, als Maschinenleher beschäftigt zu werden. Ich muß hier aber bemerken, daß es mir bei meiner Ausbildung sehr aufstakken kam, daß ich seit reichlich zehn Jahren mit dem Typograph als Metteur sozulagen zusammen gearbeitet hatte, wobei ich mir verschiedenes beim Arbeiten der Kollegen absehen und mit ihnen besprechen konnte.

Vor allem hatte ich von Anfang an mit den „Fallschlern“ zu kämpfen, die auch jetzt noch zweijähriger Praxis noch nicht ganz verschwinden wollen, trotzdem ich die größte Mühe und Aufmerksamkeit verwende. Es ist einem Schwerhörigen eben nicht immer möglich, zu unterscheiden, ob der zuerst oder zu zweit angelegene Buchstabe zuerst fiel.

Wenn Kollege Barth meint, daß es einem Taubstummen sehr leicht sein würde, sich nach vier- bis sechswochiger Ausbildung als tüchtiger Maschinenleher auszuweisen, so kann ich ihm die Versicherung geben, daß er sich gewaltig auf dem Holzwege befindet. Man bildet übrigens in vier bis sechs Wochen überhaupt keinen Maschinenleher aus; auch nicht, wenn er noch so guten Gehörsinn und sonstige Sinne hat. Die Wette, daß die Ausbildung der Maschinenleher nicht an das Gehör gebunden ist, hat Kollege Barth verloren, denn ich kann ihm die Mitteilung machen, daß ich die Erfahrung für mich habe, daß es gerade das Gehör ist, welches beim Arbeiten an der Sehmashine am meisten gebraucht wird.

Der Kollege Hg. gibt in Nr. 41 einige Fälle an, in denen besonders ein feines Gehör die Hauptbedingung ist. Diese beziehen sich auf die Linotype. Beim Typograph kämen namentlich in Betracht das Fallen der Matrizen, das Ausstoßen des Abfalls, das Anraren der Friktion. Aberhaupt ist es doch erforderlich, daß der Seher genau hört, wie seine Maschine arbeitet, damit er etwaige Störungen sofort wahrnehmen kann. Es kommt z. B. sehr oft der Fall vor, daß eine angelegene Matrize (besonders bei breitem Format, bei dem mehr der am meisten gebrauchten Matrizen eingehängt werden müssen als bei schmalem Format) durch irgend einen Umstand (etwa, wenn die Matrizen beim Zurücklegen des Korbes sich voreinander schieben) nicht fallen kann und hängen bleibt. Dies würde ein Taubstummer sicher nicht merken. Er würde erst hierauf aufmerksam werden, wenn er nach dem Lassen einiger weiterer Worte die betreffende Taste anschlägt, die die nicht gefallene Matrize festhielt. Hier haben sich aber inzwischen noch einige weitere Matrizen festgesetzt, und die ganze Geschichte läuft auf einmal herunter. Es wäre nun allerdings fraglich, ob der taubstumme Seher das Herabfallen der angelegten Matrizen merken würde, da er es eben — nicht hört! Ähnliche Fälle liegen sich wohl mehr anführen, wo ein Schwerhöriger schon seine liebe Not hat, um wie viel mehr ein Taubstummer!

Daß ich der Maschine nicht schon wieder entsagt habe, hängt mit verschiedenen für mich günstigen Umständen zusammen. Würde die Maschine z. B. nicht in einem sehr ruhigen Raume stehen, wo bald den ganzen Tag niemand hinkommt als eben die Maschinenleher, sondern in einem Raume, wo mehrere Maschinen arbeiten oder sonst viel Geräusch wäre, so würde es mir wohl unmöglich werden, einwandfreien Satz zu liefern. Wenn dann noch verschiedene Umstände hinzukommen würden, als da sind Antriebsleistung des Gehörtes usw., die schon einem gefundenen Seher das Arbeiten nicht zur Freude machen, dann möchte ich den taubstummen Maschinenleher sehen, der nicht schon vom ersten Tage seiner Maschinenleherlaufbahn die Karre stehen ließe, wenn — ja, wenn er es wirklich dazu gebracht haben sollte, sich zum Maschinenleher ausgebildet zu haben.

Die taubstummen Kollegen müssen eben begreifen, daß die Sehmashine eine komplizierte Maschine ist, die zur Bedienung sehr gesunde Sinne verlangt. Ich möchte diesen Kollegen raten, die Finger davon zu lassen, sie würden sie sich höchstens tüchtig verbrennen.

Sulim.

H. L.

Trotzdem keine Unterfützung für militärische Übungen!

Daß über den Antrag auf Unterfützung der übrigen Reservisten noch weiter polemisiert würde, war zu erwarten, daß aber Kollege „tz“ aus Mhrweiler noch einmal eine Lanze hierfür brechen würde, hätte ich kaum erwartet.

Wenn mir Kollege „tz“ vorwirft, daß ich ja gar nicht wüßte, was ich mit meinem Artikel in Nr. 20 angedacht, dann muß ich zu seiner Berichtigung feststellen, daß ich mir auch gar nicht annahm, so heßend zu sein, um von hier aus beurteilen zu können, welche Aufnahme meine Ansichten jenseits der „Voreken“ gefunden. Denn für mich kommen auch heute noch jene Boten in Betracht, die schon Seine besungen. Der Rhein fließt heute nicht nur ebenso langsam wie vor 100 Jahren, sondern es ist auch noch gerade so dunkel, deshalb meine Verblendung.

Auf Sachlichkeit zu pochen, war überflüssig; denn eine noch größere „Sachlichkeit“ wie in seinem letzten Artikel

hätte Kollege „tz“ kaum noch auf sein Gewissen nehmen können, ohne um Absolution bejagt zu sein.

Die zum zweifachen ohne jede Begründung aufgestellte Behauptung, die Kollegen würden durch die militärischen Übungen in Not geraten, ist ebenso naiv, wie sie verkehrt ist. Das Gros der übenden Kollegen macht etwa zwei Übungen zu je 14 Tagen mit, und zwar in einem Zeitraum von zehn Jahren. Zu berücksichtigen ist auch, daß eine Menge Übungen von Junggelehrten geleistet worden sind und verheirateten Kollegen für die Frau 10 Pf. und für Kind 30 Pf. pro Tag vergütet werden. Außerdem fallen für jeden angehenden Monat die Steuern weg. Daß dies zu einer Vorklage derer führen könnte, welche in dem angegebenen Zeitraume 700—800 Mk. an Steuern bezahlen, glaubt Kollege „tz“ doch wohl selbst nicht. Das Ganze ist lediglich ein bitterer Witz, wie ihn etwa eine Krankheitskur für jeden andern Kollegen bedeutet. Ich möchte behaupten, daß manchem Kollegen seine körperlichen Gebrechen, dererwegen er nicht Soldat geworden ist, mehr Ausfälle verursachen, wie dem Soldatenkollegen die Übungen. Wenn Kollege „tz“ in seinem ersten Artikel befüchtet, daß durch die Übungen Kette entsetzt könnten oder gar Austritte erfolgen würden, dann kann ich ihm versichern, daß wir keinen Grund haben, derartige „Idealisten“ zu betrauern. Dem Kollegen „tz“ müßte doch einleuchten, daß die Mehrzahl der Kollegen an diesem Unterfützungszweige kein Interesse hat. Der Verbandsbeitrag reicht schon heute kaum aus, um allen Unterfützungen gerecht zu werden, und würde eine eventuelle Erhöhung zu solchen Zwecken für manchen in der Provinz (ohne Zuschlag) um das Minimum arbeitenden Kollegen eine ebenso bittere Wille bedeuten, wie für den Kollegen „tz“ die Übung.

Sollte jedoch der Verband ein Ubriges tun wollen, dann kann er ja das Sterbegeld erhöhen. Dies kommt auch der Allgemeinheit zugute.

Auf die besonderen Lebenswürdigkeiten des Kollegen „tz“ gehe ich nicht ein.

Cevelsberg.

J. Becker.

Anmerkung der Redaktion: Wegen der total ausichtslosen Sache mit einer Unterfützung bei militärischen Übungen geben wir nun keine Zeile des „Korr.“ mehr her. Wir haben wahrhaftig den Raum notwendiger.

Noch einmal die Spartenunterfützungseinrichtungen.

Zu fast allen Generalversammlungen sind Anträge zum Unterfützungszweige gestellt worden. Sie hatten mehr oder weniger Erfolg. Es war aber größtenteils so wie gegenwärtig: Anträge auf höhere Leistungen wurden genug gestellt, aber mit der Gegenleistung, mit der Beitragserhöhung, war man nicht so bereitwillig.

Deshalb haben sich im vorigen Jahrhundert verschiedene Mitgliebschaften veranlaßt, durch Errichtung von „Zuschußkassen“ den lokalen Bedürfnissen abzuhelfen, und zwar nicht zum Schaden der Verbandskasse. Das war auch ein wirksames Agitationsmittel, wurde auch dazu benutzt, und das noch in den letzten Jahren von unsrer Sparte, nicht wahr, Kollege Fr. St.? Der gegen die Unterfützungen der Sparten erhobene Einwand, daß dadurch die jungen Kollegen am Orte liegen bleiben, ist immer stichhaltig, denn jeder bleibt doch dort, wo ihm Arbeitsgelegenheit geboten wird, gleichgültig ob in der Provinz oder in der Großstadt. Wie alles, was die Drucker in früheren Jahren unternahmen, den Seßern ein Dorn im Auge war, so geht es auch mit ihrer Ertraunterfützung. Deshalb muß diese fallen, zumal wenn dadurch noch 5 Pf. die Woche gespart werden können. Da aber doch nicht alle Kollegen in der angenehmen Lage sind, auf jeden Zuschuß zur Verbandsunterfützung verzichten zu können, und viele Mitglieder der ehemaligen Zentralkrankenkasse bei deren Auflösung am 31. Dezember 1892 meßfens nicht in der Lage waren, einer zweiten Krankenkasse beizutreten, mußten sich diese selbst eine Zuschußkasse gründen. War es auch nur ein Kästchen, so erfüllte es doch seinen Zweck, da ja die große Kasse wegen des damaligen Mangels an Kleingeld keinen Extrazuschuß leisten konnte. Anweist die große Kasse, d. h. unser Verband, diesmal die Unterfützungen zu erhöhen in der Lage sein wird, kann man ermaßen an den verschiedenen Anträgen, deren Grundtendenz lautet: nur keine Beitragserhöhung!

Es mußte jedenfalls eigentümlich an, zwei sich gegenüberstehende Anträge aus Hamburg auf der Tagesordnung der Danziger Generalversammlung zu finden. Der eine will eine Unterfützung, die niemand schadet, verbietet, der andre aber ist Hamburger Gesinnung (leben und leben lassen) entspringend und will den Verbandsbeitrag auf 1,30 Mk. erhöht wissen, weil ohne Leistungserhöhung auch die große Kasse keine entsprechende Gegenleistung gewähren kann. Wenn auch nach Ansicht der jüngeren Generation der Verband ein Kampfverein sein soll (was er übrigens immer schon gewesen ist), so bleibt doch bei uns wie auch bei den andern Gewerkschaften das Unterfützungszweck, man kann auch sagen die Magenfrage, der Hauptzweck, der die Mitglieder zusammenhält. Deshalb bleibe ich auch bei meiner Ansicht bestehen, die Spartenunterfützung nicht zu verbieten, sondern sie neben den Gauzuschüssen als besondere Unterfützung bestehen zu lassen, weil eben die Verbandskasse nie in die Lage kommen wird, ihre Leistungen den örtlichen Verhältnissen anzupassen.

Hamburg.

Th. K.

Anmerkung der Redaktion: Uns deutet, man könnte nunmehr über diese Frage der Generalversammlung das entscheidende Wort lassen. Eine weitere Diskussion im „Korr.“ darüber ist überflüssig.

Volkswirtschaft

Von der „Volksfürsorge“ und ihren Gegnern.

Eine klare Darstellung der technischen Grundlagen und der Organisationsform der von den deutschen freien Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften gemeinsam zur Errichtung kommenden „Volksfürsorge“ gab deren Vorstandsmittglied v. Elm kürzlich auf dem Verbandstage der Zimmerer. Er besprach besonders, daß die „Volksfürsorge“ alle Arten der Versicherungen betreiben werde, die im allgemeinen als Zweige der sogenannten Volksversicherung betrachtet werden. Aber die „Volksfürsorge“ könne und werde für die Versicherten mehr leisten als die bestehenden Versicherungsgesellschaften, da die Verwaltungskosten der „Volksfürsorge“ bedeutend billiger seien, denn sie zahle keine hohen Gehälter und Salarien an Direktoren und Aufsichtsräte. Das Aktienkapital solle sich nur mit 4 Proz. verzinsen. Auch bei den Akquisitionskosten werde die „Volksfürsorge“ viel billiger vorkommen als andere Gesellschaften. Während z. B. die „Viktoria“ für jede Aufnahme 5,96 Mk. zahle, glaube die „Volksfürsorge“ mit 30 Pf. auszukommen. Für die Einzahlung der Beiträge rede die „Volksfürsorge“ auf die ehrenamtliche Mitarbeit der in der Arbeiterbewegung tätigen Arbeiter, denen eine geringe Entschädigung für ihre Mühewaltung zugestimmt werden solle. Weiter ging der Redner auf den versicherungstechnischen Aufbau der „Volksfürsorge“ ein und zeigte, daß hier alles nur daraufhin berechnet sei, den Versicherten soviel wie möglich zu bieten. Von den gegnerischen Versicherungen werde das zwar auch versprochen, aber nicht gehalten. Um die „Volksfürsorge“ von vornherein an gewissen Stellen in Mitleidenschaft zu bringen, sei die Behauptung aufgestellt worden, sie stehe in Verbindung mit der Sozialdemokratie. Das sei aber eine glatte Unwahrheit. Das Aufsichtsamt wird jedenfalls sehr scharf daraufhin kontrollieren, ob der Geschäftsbetrieb der „Volksfürsorge“ mit der Sozialdemokratie in Verbindung stehe. Aber das sei gar nicht gewollt und auch gar nicht nötig. Den Volksinteressen werde durch die Versicherung am besten gedient, wenn das Unternehmen mit keiner Partei verquickt werde. Dagegen sei die von den Gegnern der „Volksfürsorge“ geplante sogenannte nationale Volksversicherung, auf welcher der Direktor des Aufsichtsamts für Privatversicherung die Anregung gegeben, eine politische Gründung. Unter den Fittichen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie werde mit den schmutzigsten Mitteln gegen die „Volksfürsorge“ gekämpft, und zwar von allen Seiten, angefangen von den Agrariern bis zu den Christlichen. Trotzdem sei aber die Konkurrenz der sogenannten nationalen Versicherung nicht zu fürchten, denn die Interessen der Versicherten werden bei der „Volksfürsorge“ auf alle Fälle besser gewahrt als bei irgend einer andern Gesellschaft.

Es würde zu weit führen, wollten wir alle Versuche alter und neuer Versicherungsgesellschaften, der nicht nur vor ihrer amtlichen Genehmigung stehender „Volksfürsorge“ das Wasser abzugraben, an dieser Stelle auch nur kurz registrieren. Viel zweckmäßiger halten wir eine klare Zusammenstellung der wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Volksversicherung; die in erster Linie der gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiterchaft im eignen Interesse es zur Pflicht machen, so bald und so gründlich als möglich mit den kapitalistisch betriebenen Versicherungsgesellschaften in Arbeiterkreisen aufzuräumen. Einer der schwerwiegendsten Gründe ist der Verfall von Versicherungen. Das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ hat über diese Frage in letzter Zeit eingehende Erhebungen gemacht, die wir im folgenden zusammenfassend wiedergeben. Der Zweck einer Lebensversicherung war ursprünglich, den Hinterbliebenen für den Fall des Ablebens des Versicherten eine Summe zur Bestreitung der Begräbniskosten und eventuell zur Begründung einer neuen Existenz zu hinterlassen. Diese reine Todesfallversicherung ist mit der Zeit immer mehr gegen die Todes- und Erlebensfallversicherungen mit abgehürter Prämienzahlung (10, 15, 20 Jahre usw.) zurückgetreten. Von den Versicherungsgesellschaften ist die letztere Art der Versicherung immer mehr forciert worden, weil bei ihr das zu fragende Risiko ein geringeres ist als bei der Todesfallversicherung. Dem Agenten gewährt die abgekürzte Versicherung die Möglichkeit, seine Provisionen zu erhöhen, und deshalb sucht er dem Publikum diese für dasselbe zweifellos nicht so günstige Versicherungsart, die bei den hohen Verwaltungskosten der Versicherungsgesellschaften in Wirklichkeit nichts weiter ist als eine feure Zwangspartikasse, als die bessere hinzuzustellen, indem er den egoismus anschaut und dem Versicherungsnehmer vorredet, er müsse doch sehen, möglichst auch selbst noch etwas von seiner Lebensversicherung zu haben und nicht nur für lauchende Erben zu sorgen. Die Gefahr des Eintritts von Zahlungsunfähigkeit des Versicherten ist nun zweifellos bei kurzen Versicherungsperioden nicht so erheblich wie bei der lebenslänglichen Todesfallversicherung; trotzdem nun die Zahl der Versicherungen mit abgekürzter Prämienzahlung enorm angewachsen ist, verfällt aber dennoch jährlich eine ungeheure Zahl von Versicherungen. Die Ursache für diese den Wert der Volksversicherung für die ärmeren Schichten der Bevölkerung völlig in Frage stellende Erscheinung liegt in den Versicherungsbedingungen der bestehenden Gesellschaften. Bis zum Jahre 1910 war eine gesetzliche Beschränkung über den Verfall von Versicherungen nicht vorhanden. Die Gesellschaften gestatteten anfänglich bei Nichtweilersahlung der Prämien eine Umwandlung einer Versicherung in eine beitragsfreie nur dann, wenn dies seitens der Versicherten ausdrücklich und schriftlich beantragt wurde. Von diesem Rechte wurde begreiflicherweise nur in vereinzelten Fällen Gebrauch gemacht. Der Verfall der Ver-

sicherungen war deshalb ein enormer und war für die Gesellschaften eine gute Gewinnquelle. In seinem Werke „Die Reform der Volksversicherung“ sagt Dr. Hans Kofl bezüglich des Verfalls von Versicherungen bei der „Viktoria“:

„Seit 1892 (März) betreibt die „Viktoria“ die Volksversicherung. Bis Ende 1900 fertigte sie insgesamt aus: 3020803 Policen über 604056455 Mk. Davon waren am 1. Januar 1901 noch in Kraft: 1628551 Policen über 319562828 Mk. Der Gesamtanhang betrug also 1392252 Policen über 284493627 Mk. Dieser letzte sich zusammen aus dem normalen Abgange durch Tod-, Auszahlung der Versicherungssumme und Umwandlung in prämiensfreie Policen in Höhe von 62744 Policen über 23868505 Mk., das sind nur 2,08 Proz. aller beantragten Policen oder 3,94 Proz. der insgesamt beantragten Versicherungssumme. Da indessen viele Todesfälle in die Karenzzeit fielen, wurden (sachlich nicht 23868505 Mk., sondern nur 4481538 Mk. ausbezahlt, das sind 0,74 Proz. aller beantragten Versicherungssummen. Andererseits erfolgten durch Verfall und Nicht-einlösung der Policen 1329508 Policen über 260625122 Mk., das sind 44,01 Proz. aller beantragten Policen oder 43,15 Prozent aller beantragten Versicherungssummen. Der anormale Abgang ist also 21 mal so groß als der normale, und letzterer fällt zu 1/2 in die Karenzzeit. Im Durchschnitt stellt sich die Dauer einer Police der Volksversicherung infolge der hohen Verfallsziffer nach Angaben von Fachleuten auf etwa vier bis fünf Jahre. Zieht man hiervon die Karenzzeit von zwei bis drei Jahren ab, so verbleiben zwei bis drei Jahre, in denen der Wahrscheinlichkeitsberechnung nach die Zahlung der vollen Versicherungssumme bei Tod erfolgen würde. Die Wahrscheinlichkeit des Todes innerhalb dieser zwei bis drei Jahre stellt sich auf 2—4 Proz., gewiß eine recht minimale Ziffer im Verhältnisse zu den dafür gebrachten Opfern.“

Infolge der allgemeinen Empörung gegen den unbegrenzten Verfall haben sich die Versicherungsgesellschaften genötigt, schon im Jahre 1898 in ihren Versicherungsbedingungen die Verfallszeit zu begrenzen. Seit 1910 ist endlich durch das Gesetz die Sache endgültig geregelt worden. Sind drei Jahre lang Prämien für eine Versicherung bezahlt, so muß jetzt die Umwandlung in eine prämiensfreie erfolgen, ohne daß es dazu eines besonderen Antrages bedarf. Trotz der gesetzlichen Beschränkung der Ausbeutungsfreiheit der Armen der Armen durch die Kapitalisten ist aber auch jetzt noch der Verfall von Versicherungen ein sehr starker. Bei der „Viktoria“ erfolgten in den Jahren 1904 bis 1911 „nur“ 46,4 Proz. der Policen in normaler Weise mit einer Summe von 190,7 Millionen Mark bei einer Gesamtversicherungssumme von 410,7 Millionen Mark; von 1934121 Policen kamen in anormalen Verfall 614953.

Noch schlimmer gestaltete sich diese Seite der Lebensversicherung jedoch bei der „Friedrich Wilhelm“. In den Jahren 1908 bis 1911 hind hier von insgesamt zur Erlöschung gekommenen 714129 Policen mit 136,3 Millionen Mark, Versicherungssumme 539220 mit 87,8 Millionen Mark, durch Verfall erloschen. Solche Verhältnisse zeigen sich aber nicht nur bei den beiden schon genannten Versicherungsgesellschaften, sondern allgemein auch bei allen andern, die für die Volksversicherung noch in Frage kommen. Im Jahre 1911 gestaltete sich der Verfall von Policen durch Aufgabe von Versicherungen mit oder ohne Vergütung bei den nachstehenden Versicherungsgesellschaften folgendermaßen:

Gesellschaft	Gesamtanhang	Abgang durch Aufgabe der Versicherung		
		mit Vergütung	ohne Vergütung	in Proz.
Viktoria	288097	6248	83610	29,0
Friedrich Wilhelm	167711	404	116884	69,69
Sduna	62361	110	49680	79,95
Wilhelma	26072	716	21566	82,7
Deutschland	11574	316	8466	73,1
Arminia	19826	164	7510	38,3
Hamburg-Mannheim	11220	1079	7819	69,2
Urania	7887	161	4510	57,2
Allg. Deutsch. Ver.-Berein	1774	556	195	11,0
Lebensverf.-Banken	3704	—	3590	96,92
	600226	9754	304090	50,66

Der normale Abgang umfaßte eine Versicherungssumme von 7 Millionen, der anormale dagegen eine solche von 52,6 Millionen Mark.

Über 300000 — über die Hälfte der in einem Jahr erloschenen Versicherungen — sind im Jahre 1911 ohne Vergütung verfallen. Man bedenke, 300000 arme Leute waren im Jahre 1911 infolge Arbeitslosigkeit oder Krankheit in der Familie nicht infand, ihre Prämien weiterzahlen zu können; sie hätten dadurch nicht nur ihre Eintrittsgelder von 1,50 Mk. bis 2 Mk. pro Versicherung ein, sondern auch ihre eingezahlten Prämien. Wie groß diese Summe ist, meldet uns leider die Tabelle der „Viktoria“ nicht. „Der Versicherungsbetrieb ohne Storno (Verfall) ist nun leider nicht möglich, auch wenn die Gesellschaft, wie wir es tun, sich die allerdenklichste Mühe gibt, es zu verhindern“, erklärt die „Viktoria“ und mit ihr alle andern Gesellschaften.

Die Herrschaften täuschen sich; die „Volksfürsorge“ wird es als Ehrensache betrachten, Bestimmungen zu treffen, nach welchen bei ihr der Verfall von Versicherungen ohne Vergütung nur in wenigen Ausnahmefällen möglich ist; sie wird sich nicht an dem Gelde der Armen der Armen bereichern.

Wo kommen aber die so verfallenen Einnahmen hin? Darüber gibt uns eine nähere Prüfung des Erwerbscharakters der Lebensversicherungsgesellschaften deutschen Ausschluß. „Walmanns Versicherungszettel“ brachte für das Jahr 1911 folgende Rentabilitätstabelle:

Aktiengesellschaften	Aktienkapital in Millionen Mark		Zuwendung an die Aktionäre in Millionen Mark	Prozente der Gewinne einbehaltung	Einkommen an Bord und Aufsichtsrat in Millionen Mark
	Kapital	Zuwendung			
Viktoria	6000	1180000	28,1	844284	
Friedrich Wilhelm	6000	570360	37,8	238930	
Wilhelma	3000	1000000	33,3	148290	
Deutschland	7000	1750000	10,0	62445	
Hamburg-Mannheim	3000	67500	9,0	27439	
Leutonia, Leipzig	1800	85500	19,0	83326	
Irania, Dresden	3000	75000	10,0	19403	
Arminia, München	6000	345000	23,0	124489	
Preussische Lebensversicherung	3000	120240	20,0	82360	
Bereitschaft, Düsseldorf	3000	8449	0,28	—	
Bayerische Versicherungsbank	10000	800000	32,0	78000	
Summa	51800	4427049	22,1	1708966	

Nach obiger Tabelle entfielen also auf die kapitalistischen Aktionäre beim Lebensversicherungsgeschäft bei einer angelegenen Bareinzahlung von 20 Millionen Mark über 6 Millionen Mark. In Wirklichkeit ist aber der oben angegebene Betrag der Bareinzahlungen nicht bei allen Gesellschaften von den Aktionären, sondern zu einem großen Teil aus den Überschüssen der Versicherungen geflossen. Zum mindesten trifft dies bei der „Viktoria“ zu, bei welcher nach der an Hand ihrer Geschäftsberichte vorgenommenen Feststellungen die Aktionäre nur den fünften Teil des Betrags ihrer Aktien — also 600 Mk. pro Aktie — bar eingezahlt haben, während die fehlenden 2400 Mk. pro Aktie Jahr für Jahr aus den Überschüssen der Gesellschaft regelmäßig ergänzt wurden. Die Aktionärsdividende betrug 1911 nicht, wie oben angegeben, 28,1 Proz., sondern fünfundsiebzig Prozent. Man sieht, das Lebensversicherungsgeschäft ist ein äußerst rentables und dabei so sicher, weil es den Schwankungen der Konjunktur nicht so unterworfen ist wie andere kapitalistische Geschäfte. Wer erst einmal in dem Netze der kapitalistischen Versicherung gefangen ist, der kann, wenn er nicht große Verluste erleiden will, nicht so leicht wieder heraus; er muß weiterzahlen, auch wenn er die Prämien sich und seiner Familie vom Mund abzarren muß. Und nun kommt die „Volksfürsorge“ und will den kapitalistischen Profit bei der Volksversicherung ausschalten! Sehr begreiflich, daß die Herren darüber ungehalten sind und alle Mienen springen lassen, um sich das bisher so einträgliche Geschäft zu erhalten.

Wenn auch lange nicht so schlimm wie bei den vorstehend in Betracht gezogenen Versicherungsgesellschaften, die sich der „Volksfürsorge“ als Konkurrenten gegenüberstellen, aber doch auch nicht gerade besonders günstig, steht es mit der katholischen Zentralversicherungsanstalt „Leo“. Diese müssen wir deshalb in den Bereich unserer Betrachtung ziehen, weil für sie in letzter Zeit eine außerordentlich lebhafte Agitation unter den katholischen Arbeitern mit unlegbarer Tendenz gegen die „Volksfürsorge“ betrieben wird. Der Erfolg dieser Agitation drückt sich in folgenden Zahlen aus: Die Zahl der Kassennachwächter stieg im Jahre 1912 um 7097, so daß am 31. Dezember 1912 der Kasse 66520 Mitglieder angehörten. Bis zum 1. April 1913 vermehrte sich die Anzahl der versicherten Mitglieder auf über 71000 in 680 Jahreshellen. Für 1034 Sterbefälle waren 99752 Mk. Sterbegeld zu zahlen. Die Zahl der Sterbefälle seit Bestehen der Kasse stieg damit auf 5391 mit 499366 Mk., die Verwaltungskosten fielen sich auf 9,46 Proz. der Beiträge und der Durchschnittszins für das angelegte Kassenvermögen auf 4,35 Proz. Die Mitgliederbeiträge stiegen gegen das Vorjahr um 29303 Mk., so daß die Jahresreinnahme aus Beiträgen und Deckungskapitalen etwa 300000 Mk. erreichte. Die Bilanz schließt ab mit dem ansehnlichen Reingewinne von 17133 Mk., der satzungsgemäß ausschließlich zur Erhöhung der versicherten Summen der Mitglieder verwendet wird. Der Sicherheitsfonds steigt dadurch auf 76500 Mk. und der Gewinnfonds auf 194000 Mark., während das Gesamtvermögen auf etwa 1 Million 43000 Mk. anwächst. Sehr ist man daran, die Kasse in eine große Versicherung umzugestalten, die eine Kinderversicherung und Neugestaltung der Versicherungsbedingungen vorsieht.

Die Gesamtsituation für die „Volksfürsorge“ liegt zurzeit demnach so, daß man sagen muß, ihre Gegner entfallen ein fieberhafte Tätigkeit, um der von den freien Gewerkschaften und Genossenschaften geplanten „Volksfürsorge“ das Wasser abzugraben. Ein Heer von Schriftstellern aller Art mißt sich, fast täglich in Artikeln und Notizen in den bürgerlichen Blättern, je nach ihrer Färbung, entweder für die bestehenden kapitalistischen Lebensversicherungsaktiengesellschaften oder für neugegründete „nationale“ Volksversicherungen Propaganda zu machen. Und kein Tag vergeht, an welchem nicht in der arbeitserfreundlichen Tagespresse die „Volksfürsorge“ in der schmächtlichsten Weise verleumdete wird. Vereine werden gegründet, um Versicherungsvernehmer gegen die „Volksfürsorge“ zu sammeln und sie dann einer der „nationalen“ Gesellschaften zuzuführen. Um der „Volksfürsorge“ zuvorzukommen, haben einige große kapitalistische Versicherungsaktiengesellschaften das ganze Heer ihrer Agenten, auch jene, die bisher nur für die große Lebensversicherung arbeiteten, in den Dienst ihrer Volksversicherungsabteilung gestellt. Die Provisionen der Agenten sind erhöht worden. Und leider sind alle diese Trübsal der Gegner nicht ohne Erfolg geblieben. Im Monate Februar hat z. B. die „Viktoria“ 14000 Volksversicherungen gegen 10000 im Februar 1912 abgeschlossen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Mahnungen der Arbeiterpresse, noch etwas Geduld zu haben und die beachtliche Versicherung bei der „Volksfürsorge“ nach deren erfolgter Genehmigung abzuschließen,

nicht immer von der Arbeiterchaft beherzigt wurde. Die Genehmigung der „Volksfürsorge“ wird voraussichtlich nicht mehr lange auf sich warten lassen. Um so mehr gilt es jetzt, die Vorarbeiten für den Aufbau der Organisation der „Volksfürsorge“ in den einzelnen Orten in die Hand zu nehmen. Ihre Organisation soll beweisen, daß diejenigen, die ihre Gründung beschlossen haben, die Gewerkschaften und die Genossenschaften, in freiwilliger, freudiger Mitarbeit, ohne dafür hohe Entschädigungen zu erhalten, beßeres zu leisten imstande sind als die kapitalistischen Gesellschaften mit ihrem Heere von bezahlten Agenten. Eine große Aufklärungsarbeit gilt es im deutschen Volke zu verrichten. Prospekte und Flugblätter kann die „Volksfürsorge“ vor Genehmigung ihres Geschäftsbetriebs nicht herausgeben, um so dringender nötig ist es daher, daß alle freien Gewerkschaften und Anhänger der Arbeiterkonsumvereine nach besten Kräften bemüht sind, alle jene, die irgend eine Versicherung für sich, ihre Frauen oder Kinder abzuschließen beabsichtigen, auf die tagtäglich zu erwartende Betriebsöffnung der „Volksfürsorge“ aufmerksam machen als einem neuen und aussichtsreichen Werkzeuge der organisierten deutschen Arbeiterchaft zur Befreiung von wirtschaftlicher Abhängigkeit.

□□□□ Korrespondenzen □□□□

W. Chemnitz. Die erste diesjährige Bezirksversammlung fand am 6. April im „Volksbause“ statt. Von 38 dem Bezirk angehörenden Orten waren aus 30 Orten rund 450 Kollegen erschienen, während 8 Orte mit 137 Kollegen nicht vertreten waren. Die reichhaltige Tagesordnung fand schnelle Erledigung. Vorsitzender Schumm begrüßte die von auswärtig erschienenen Kollegen. Im Vordergrund der Versammlung stand das Referat unfres Gauvorstehers Oswald Grohe über: „Leistung und Gegenleistung“. In seinen interessanten Ausführungen widerlegte er an der Hand von Beispielen und gesammeltem Materiale die Beschwerden der Prinzipale über angebliche Zurückhaltung der Leistungen seitens der Gehilfen. Durch das mit verschwindend wenigen Ausnahmen in den Druckereien eingeführte Kontroll- und Aufpassersystem würde die Arbeitskraft eines jeden Gehilfen voll und ganz ausgenutzt. Er warf hierbei die Frage auf, ob auch die Leistungsfähigkeit der den Betrieben vorstehenden Personen immer auf der Höhe der Zeit stehe, und erwähnte die häufigen Stellenangebote und -angebote von technischen Leitern, Faktoren usw. in der „Zeitschrift“, die man oft als „unlauteren Wettbewerb“ bezeichnen müsse. Die Klagen über Zurückhaltung der Leistungen und ungenügende Leistungsfähigkeit kämen wohl in der Hauptsache aus solchen Betrieben, wo der bessere Wechsel von Angestellten ein gedeiliches Zusammenarbeiten mit dem Personal gar nicht aufgenommen lasse. Vorstellungen, seitens einzelner, würden jedoch wohl von der Kollegenchaft als auch von den Funktionären verurteilt; auch unser Verbandsstatut gebe eine Sandbabe, um gegen Vernachlässigungen im Betriebe vorzugehen. Niemand dürften aber Einzelfälle eine derartige Verallgemeinerung erfahren, wie es in letzter Zeit geschehen sei. Seine Ausführungen schloß der Referent mit den Worten: „In Betrieben, wo wirkliche Faustlöhne an der Spitze stehen, die außer ihrer technischen Befähigung noch über Menschenkenntnis verfügen, die nicht in engherziger, herrschlicher Weise mit den ihnen Unterstellten verkehren, die verstehen, sich ein Schmarobertum vom Halbe zu halten, in Betrieben, wo die Leistungen der Gehilfen auch auf Gegenleistungen seitens des Geschäftsbetriebs rechnen können, gehören Beschwerden über das Zurückhalten der Leistungen und über den Rückgang der technischen Leistungsfähigkeit der Gehilfen zu den Seltenheiten. Daß der Referent den Kollegen aus dem Herzen gesprochen, bewies der starke Beifall. In der sich anschließenden Diskussion wurde auf das schärfste Protest gegen die Unterstellungen seitens der Prinzipale erhoben. Alsdann berichtete Kollege Dähnel über die Ergebnisse der letzten Tarifrevision sowie über die allgemeine tarifliche und organisatorische Lage im Bezirk auf Grund einer im November 1912 aufgenommenen Statistik. Er erwähnte dabei, daß mehrfach falsche Anschauungen über die einzelnen tariflichen Beschlüsse zutage getreten und auch sonst noch manche Differenzen vorgekommen seien, die ein Einschreiten des Bezirksvorstandes und zum Teil auch des Schiedsgerichts notwendig machten. Die nächste Bezirksversammlung, der eine Vertrauensmännerprüfung vorausgehen soll, findet zwecks Berichterstattung von der Generalversammlung in Dänzig bereits im Juli statt, als Tagungsort wurde wiederum Chemnitz bestimmt. Anträge zum diesjährigen Goutage wurden seitens des Bezirks nicht gestellt. Als Kandidaten zur Generalversammlung in Dänzig wurden die Kollegen Oswald Grohe, Otto Dähnel und Heinrich Ellenspäßer aufgestellt. In den Bezirksvorstand wurden die Kollegen Schumm, Dähnel und Wangelin per Akklamation wiedergewählt. Mit der Mahnung an alle Kollegen, in dieser ersten Zeit, wo die Arbeitslosigkeit durch Aufstellung neuer Sechsmaschinen immer größer sowie der Inflationserwartungen immer umfangreicher wird, auf der Wacht zu sein und alle Versammlungen zu besuchen, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

Bezirk Frankfurt a. D. Die am 6. April im „Schützenhaus“ in Frankfurt a. D. abgehaltene Frühjahrsbezirksversammlung war von 174 Kollegen besucht. 215 Kollegen, darunter 73 aus Frankfurt a. D., hielten es für angebracht, ihr Interesse an der Versammlung durch Abwesenheit zu beweisen. Der Bezirk zählt gegenwärtig 389 Mitglieder. Der Eberswalder und der Kottbuler Bezirksvorstand waren durch ihren Vorsitzenden vertreten.

Kollege Krahl (Leipzig) hielt einen einstündigen Vortrag über „Zeit- und Streiffragen“, dem die Versammlung mit großem Interesse folgte. Redner betonte, die meisten Mitglieder unfres Verbandes sähen diesen zu sehr als Unterstützungsverein und nicht als Gewerkschaft an. Wenn aber jedes Mitglied seine Schuldigkeit als Verbandsmitglied tue, dann würden wir das nötige Rüstzeug haben, das eine große Organisation auch stark macht. Gauvorsteher Hannack (Steffin) sprach sodann über die „Stellungnahme zur Generalversammlung“. Er kritisierte die von den Mitgliedern gestellten Anträge, im besonderen die von den Orten des Bezirks. Wenn man sich die letzten Jahresabrechnungen des Verbandes genau angesehen hätte, würden so viele und weitgehende Unterstellungsanträge nicht gestellt worden sein. Die vermehrte Aufstellung von Sechsmaschinen habe das Arbeitslosensein noch vermehrt; die großen Summen, die an Arbeitslose im vorigen Jahre vom Dergau gezahlt worden seien, legten hiervon bereites Zeugnis ab. Leider gebe es noch viele Kollegen, die gern auf Überstunden schöben und so den arbeitslosen Kollegen das Brot aus der Tasche nähmen. Als Delegierte zur Generalversammlung wurden der Vorsitzende des Bezirks D. Müller und Gauvorsteher Hannack vorgeschlagen. Zu dem am 27. Juli in Eberswalde stattfindenden Goutage sind 13 Delegierte zu entsenden, die einzelnen Mitgliedschaften sollen hierzu entsprechende Beschlüsse machen. Die Versammlung beschloß, den Gauvorstand zu ersuchen, nach Prüfung des eingegangenen Materials den Goutage eventuell auf zwei Tage anzubereichern. Den Jahresbericht erstattete Vorsitzender Müller. Die Tarifreifeprüfung sei glatt vor sich gegangen, zu Differenzen lag kein Anlaß vor. Der Gauvorstand, der dem Arbeitsnachweisverwalter in einer Prinzipalsversammlung in Frankfurt a. D. gemacht wurde, erwies sich nach den Schriftstücken des Kreisamts als hinfällig. Der Bezirk hat um sieben Mitglieder zugenommen. Der Wirt eines verstorbenen Kollegen wurden zu Weihnachten 40 Mk. überwiesen. Kollege Fellenberg erstattete den Kassenbericht. Danach war der Kassenbestand ein günstiger, trotzdem im vorigen Jahre 585 Mk. an die einzelnen Ortsvereine zurückvergütet wurden. Der Graphischen Vereinigung in Guben wurden 40 Mk. zur Anschaffung von Zechnmitteln usw. bewilligt. Vorläufig 100 Mk. wurden bewilligt für die Kosten zur Abhaltung eines Vorkurses zur Meisterprüfung. Allen auswärtigen Teilnehmern wurde das Reisegeld vierter Klasse vergütet. Dem Vorstande wurde es überlassen, den Ort des nächsten Bezirkstags zu bestimmen. Mit Dank an die beiden Referenten und einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Frankfurt a. M. Sein 50jähriges Berufsjubiläum beging am 5. April Kollege Leopold Döb. Aus diesem Anlasse hatte man in den Geschäftsräumen der Uniondruckerei eine intime Feier veranstaltet, wobei Kollege Dominik die Glückwünsche des Gauvorstandes und Kollege Bach aus die des Bezirksvorstandes überbrachte. Der Gesangverein der Buchdrucker und Schriftsetzer erfreute den Jubilar durch einige dem Tag angepaßte Lieder. Von der Geschäftsleitung und den Kollegen wurden ihm sinnige Geschenke überreicht. Kollege Döb ist einer von der immer mehr in Abnahme begriffenen alten Garde, die allezeit und unentwegt die Ideale des Verbandes verfolgten haben. Im Sturmjahre 1891 legte Kollege Döb seine langjährig innegehabte Konfession in der „Frankfurter Zeitung“ nieder. Nach schweren wirtschaftlichen Schlägen fand er in der Uniondruckerei („Volksstimme“) Stellung als Seher und ist seit etwa sechs Jahren als Korrektor dortselbst tätig.

Leipzig. Am 7. April d. J. waren 50 Jahre vergangen seit der Gründung der Schriftgießerei Gottfried Böttcher in Painsdorf. Am Morgen des Jubiläumstages wurden zunächst die Grabstätten der verstorbenen Firmeninhaber seitens des Personals in pietätvoller Weise geschmückt. Hieran schloß sich um 10 Uhr eine Feier im Betriebe selbst, der während des ganzen Tags ruhte. Im Auftrage des 55 Köpfe zählenden Personals wurde den jetzigen Inhabern der Böttcherischen Schriftgießerei eine künstlerische Postkarte mit entsprechender Widmung überreicht, für die der Seniorsch, Herr Karl Böttcher, seinen Dank in herzlichen Worten ausdrückte. Außer einem ansehnlichen Geldgeschenk erhielt jeder in der Firma Beschäftigte eine Geldschonkinde und ein auf das Jubiläum hinweisendes Bierglas, wofür den Prinzipalen auch an dieser Stelle gedankt sei. Möge sich die Firma Gottfried Böttcher erprießlich weiter entwickeln!

Wien. Die am 5. April im „Gewerkschaftshaus“ abgehaltene Versammlung war leider nur von 50 Mitgliedern besucht; außerdem nahmen an dieser noch teil ein Durchreisender und acht ausgereifte Kollegen, die ihre Aufnahme nachgesehen hatten und auch fanden. Ihre „Eingänge“ konnte der 40. Jahresbericht des Breslauer Buchdrucker-Gehilfenvereins zirkulieren. In den Kartellbericht und an die gegebenen Erläuterungen zur „Volksfürsorge“ schloß sich eine lebhafte Debatte, die zu Aufklärungen diente. Unter „Verschiedenes“ besprach der Vorsitzende einen Artikel der „Zeitschrift“, in dem ein Prinzipal über die Ausnahmefreiheit bei Stellenangebot Beschwerde führte und wonach manche Prinzipale die nötige Anzahl leistungsfähiger Leute nicht erhalten könnten. Wie wichtig aber solche Anfragen sind, schilderte er aus einem Falle, der sich erst jetzt wieder in Wien zugetragen hatte. Durch ein Chiffrenpapier wurde von einer hiesigen Firma ein Maschinenwerk gesucht, der auch die Aussicht über den Sechsmaschinenbetrieb übernehmen sollte. Auf die Meldung des Kollegen erfolgte auch das Engagement, aber nur als Seher, von der Aufstellungsübernahme war nichts gesagt. Der Kollege, der bereits eine sechsjährige Praxis

hafte und in letzter Stellung vier Jahre an einer einfachen Maschine beschäftigt worden war, und hier an einen neuen Dreidecker kam, erhielt nach einer Arbeitswoche wieder die Kündigung, weil er zu wenig leistete. Die Firma glaube für 40 Mk. Wochenlohn einen Seher gefunden zu haben, der mindestens 7—8000 Buchstaben leistet. Zum Glück hatte der Kollege den Anzug noch nicht bewerkstelligt. Ganz gehörig zog der Vorliegende gegen die Aufnahme solcher Gehilfen vom Vebor, gegen die Proteste erhoben worden seien. An der Hand von Beispielen zeigte er, daß Gehilfen, die hier ausgeschlossen oder für nicht aufnahmefähig abgewiesen wurden, in andern Bezirken ihre Aufnahme wieder nachsuchten und trotz stichhaltiger Einwendungen auch wieder aufgenommen wurden. Man müsse allerorts für bessere Beachtung stichhaltiger Einsprüche sorgen und die betreffenden Aufnahmen zurückweisen. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung. — Im März konnte Kollege Steiner auf eine 40jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken. Der Jubilar wurde durch Glückwünsche und Geschenke des Ortsvereins und des Gauvorstandes geehrt.

Lüneburg. (Vierteljahrsbericht.) Unre letzte Ortsvereinsversammlung konnte sich wieder eines guten Besuchs erfreuen, wozu wohl ein auf der Tagesordnung stehendes Referat des Kollegen Pfingsten (Hannover) über „Werden und Wirken der Tarifeinheit“ viel beigetragen hat. Dieser sowie ein im Gebrauch vom Kollegen Fahn (Hannover) über „Entstehung und Wirken der freien Gewerkschaften und ihrer Widerfächer“ gehaltener Vortrag fand ungeteilten Beifall. Eine längere Debatte zeitigte die Kandidatenaufstellung zur Generalversammlung. Man war allgemein der Ansicht, daß es wohl an der Zeit sei, auch einmal die Bezirke Lüneburg und Osnabrück auf der Generalversammlung vertreten zu sehen. Die vom Vorstande bezüglich dieser Sache getroffenen Abmachungen fanden die Zustimmung der Versammlung. — Die am 6. April hier selbst stattgehabte Bezirksvertrauensmännerversammlung hatte sich in der Hauptsache mit der Aufstellung von Kandidaten zur Generalversammlung zu beschäftigen. Es konnte festgestellt werden, daß in den Mitgliedschaften eine Mißstimmung Platz greife, da die Bezirke Osnabrück und Lüneburg noch nie einen Delegierten entsandten. Auch dieses Mal wäre, falls beide Bezirke einen Kandidaten aufstellen würden, keine Aussicht vorhanden, daß einer davon gewählt würde. Man kam aus diesem Grunde zu dem Beschlusse, die Kandidatur des Kollegen Rabes (Osnabrück) zu unterstützen und von jeder weiteren Aufstellung Abstand zu nehmen.

Magdeburg. (Vierteljahrsbericht.) Die Januarversammlung beschäftigte sich mit dem Anschlusse des Ortsvereins an die im Vorjahre gegründete Zentralbibliothek. Bereits in der Juliversammlung v. J. hatte diese Angelegenheit zur Verhandlung gestanden. Aus Gründen verschiedenster Art wurde der Beitritt seinerzeit abgelehnt. Da durch Anlaß der Versammlung die damaligen, zur Ablehnung führenden Gründe auch jetzt noch vorhanden sind, lehnte die Versammlung den Anschluß wiederum ab. — In der Februarversammlung gab unser Verwalter Pietzner zu dem gedruckt vorliegenden Kasienbericht einige Erläuterungen. Der Kasienabschluß für 1912 ist günstiger als der des Jahres 1911. Leider berechtigen die Aussichten, die das erste Quartal 1913 bietet, nicht zu gleichen Erwartungen für das laufende Jahr, trotzdem der Mitgliederbestand um etwa 40 gestiegen ist. Ferner standen in dieser Versammlung die zur Generalversammlung gestellten Anträge zur Diskussion. Allgemein betont wurde, daß man bei den geringen Verbesserungen, die die Anträge des Verbandsvorstandes und der Gauvorsteherkonferenz bringen, nicht allen beantragten Herabsetzungen der Leistungen resp. Erhöhung der Karenzen zustimmen könne. Eine die Ansicht der Versammlung zum Ausdruck bringende Resolution ging dem Verbandsvorstande mit den Magdeburger Anträgen zu. Alsdann wurden noch die Vergütungen für das laufende Jahr festgelegt. Am 7. September stattfindendes 40. Stiftungsfest soll seiner Bedeutung entsprechend durch eine akademische Feier begangen werden. — In der Märzversammlung be sprach der Vorsitzende des Tarifschiedsgerichts, Kollege Demuth, eine Reihe interessanter Entscheidungen, die im Laufe des letzten Jahres vom hiesigen Schiedsgerichte gefällt wurden. Ein vom Kollegen Bruno Cramm gehaltener Vortrag „Aus Magdeburgs Buchdruckergeschichte“ gab den Anwesenden ein Bild vom Leben unserer Magdeburger Kollegen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Der Referent ertelte für seinen gut durchdachten Vortrag reichen Beifall.

R. Mühlheim (Rubr. (Maschinemeißerverein. — Vierteljahrsbericht.) Es fanden im vergangenen Vierteljahre zwei Versammlungen statt, und zwar die Generalversammlung und eine Monatsversammlung. In der Generalversammlung fand die Vorstandswahl statt. Der Jahresbericht wurde den Kollegen hektographiert zugefesselt. Die zweite Versammlung des ersten Vierteljahrs brachte zunächst die Aufstellung der Neujahrskartenrunden der Maschinemeißervereine. Hieran schloß sich eine Besprechung darüber, welche für die Kollegen sehr lehrreich und anregend war. Verschiedene technische Angelegenheiten wurden zur Zufriedenheit der Kollegen erledigt. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß schon seit längerer Zeit ein Vorbereitungsstudium für die Meißerprüfung stattfindet, der von etwa 20 Kollegen besucht wird und Ende Juni seinen Abschluß findet.

Neustadt i. Sa. Am 5. April fand unsere Generalversammlung statt. Einem kurzen Berichte des Vorliegenden folgte der Kasienbericht, welcher ohne Einwendungen genehmigt wurde. Der Gesamtvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. An der Hand des neuen Entwurfs der „Volksfürsorge“ verbreitete sich sodann unser

Karlsruhdelegierter, Kollege Best, in längeren Ausführungen über diese. Eine sich hierzu nötig machende Wahl eines Unterkassierers wurde erledigt. Nachdem noch ein kurzer Bericht vom Gewerkschaftskomitee gegeben, wurde einem Antrage gemäß beschließen, das Geschäftsjahr mit dem 31. Dezember zu beschließen. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Bezirk Potsdam. Die erste diesjährige ordentliche Bezirksversammlung fand am 6. April in Potsdam statt. Eingeleitet wurde diese durch zwei stimmungsvoll vorgelegene Vieder des Gefangenenvereins „Gutenberg“ (Potsdam-Neubabelsberg). Die Versammlung wurde vom Vorliegenden eröffnet und gleichzeitig auf die damit verbundene Drucksachenaufstellung hingewiesen. Laut Kasienbericht betrug der gegenwärtige Bestand der Bezirkshasse 2084,35 Mark. Nach einem übersichtlichen Geschäftsberichte des Vorstandes erhielt unser zweiter Verbandsvorsitzender Grabmann das Wort zu seinem Vortrage: „Zeit- und Streitfragen“. Müssen diese äußerst lehrreichen Ausführungen auf fruchtbaren Boden gefallen sein. Von einer allgemeinen Diskussion des mit großem Beifall aufgenommenen Referats wurde Abstand genommen. Bei dem Berichte der Vertrauensleute wurde fast allgemein über schlechten Versammlungsbesuch geklagt, nur Jüterbog macht darin eine rühmliche Ausnahme, wo stets ein vollständiges Erscheinen der Kollegen zu verzeichnen ist. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde einstimmig Bezirksvorsitzender Wefenberg vorgeschlagen. Die Aufstellung der Kandidaten zum Gaufrage konnte nicht zu Ende geführt werden, da einige Orte zu dieser Angelegenheit noch nicht Stellung genommen hatten. Als Tagungsort für die nächste Versammlung wurde Berlin gewählt. Die Präferenzliste ergab die Anwesenheit von 190 Mitgliedern, und zwar aus Potsdam 90 (208), Neubabelsberg 49 (84), Strausberg 4 (9), Königswusterhausen 2 (2), Luckenwalde 6 (16), Trebbin 20 (39), Oranienburg 5 (23), Jüterbog 12 (13), Erkner 2 (4); gänzlich fehlten die Orte Falkenberg (2), Altlandsberg (3) und Werder (2). Unter „Verschiedenem“ wurde der Beschluß der letzten Gauvorsteherkonferenz betreffend Aulierung von Kollegen an der Sebmachine und ihre Verpflichtungen unserer Organisation gegenüber eingehend besprochen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

—z—. **Stuttgart.** Mitgliedschaftsversammlung am 5. April. In Verbindung des Kollegen Anie wurde die Versammlung von dessen Stellvertreter, Kollegen Klein, geleitet. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde des kürzlich verstorbenen Kollegen Ulrich Sager in hergebrachter Weise gedacht. Unter „Vereinsmitteilungen“ machte der Vorliegende auf die Sitzung des Tarifausschusses aufmerksam, auf deren Tagesordnung u. a. auch der Antrag Stuttgart auf Erhöhung des Lokalszuschlags um 2½ Proz. steht. Dieser Antrag resultiert aus der Berechnung der Stadt Stuttgart in die Servisklasse A. Weiter nahm die Versammlung Kenntnis von der bedeutendsten Erweiterung der Ferien in der „Union“. Was oben auch andere Druckereien diesem Beispiele folgen! Das Johannistfest wird am 28. Juni wie alljährlich in der „Niederhalle“ abgehalten werden. Nachdem Kollege Klein noch die tarifliche Lage im Auslande gestreift und noch einige Bemerkungen zu der Tarifausschubung gemacht hatte, zog Kollege Schlipf einen Vergleich zwischen den immer wiederkehrenden Klagen der Prinzipale über den Rückgang der Leistungen der Gehilfen und den Bericht des Buchdruckereibesizers Kraus über die Stuttgarter Fachschule im Prinzipalsorgan, in dem über das Lehrlingsmaterial bitter Klage geführt wird, woraus zu ersehen, daß nicht die Gehilfen eine Schuld trifft, sondern die Prinzipale, welche Lehrlinge einstellen, ohne sie auf die nötige Vorbildung zu prüfen. Kollege Blinzig glaubte sich durch den in Nr. 18 des „Korr.“ erschienenen Artikel „Mehr Mißbestimmungsrecht“ angegriffen und forderte den unbekanntem Verfasser auf, wenn er in der Versammlung anwesend sei, sich zu melden. Redner bezeichnete es als eine Niederträchtigkeit, durch die Worte „Gang weg und laß mi mal!“ einen Meinungsgegner niederzuknurren und mundtot zu machen. Die „Korr.“-Redaktion habe diesen Artikel ohne Randbemerkung passieren lassen, während der Entgegenung des Kollegen Müller (Heilbronn) ein Redaktionschwanz angehängt worden sei. (Wie zimperlich sich doch manche Leute gebärden, wenn sie Grund zu der Annahme zu haben glauben, sie könnten gemeint sein! Wenn es sich aber darum handelt, über andre vorzeitig zu urteilen und ihnen zum Gaudium die Verbandsfeinde etwas anzuhängen, dann ist von jener Empfindlichkeit gar nichts zu bemerken — 1911! Red.) Kollege Beyerling unterstützte die Ausführungen des Kollegen Schlipf und sprach den Wunsch aus, daß bei der Tarifausschubung dem Gedanken näher getreten werden möge, alle tariflosen Gehilfen zur Zahlung des Tarifbeitrags heranzuziehen. Auf den Artikel des Kollegen B. L. eingegangen, halte er nicht der Mühe wert, solange dieser nicht den Mut habe, offen zu sein; die Opposition habe immer das Gute im Auge. Kollege Lindner stellte sich als Verfasser des Artikels vor und legte in längeren Ausführungen auseinander, wie der Inhalt des Artikels aufzufassen sei. Namen seien doch nicht genannt worden; auf die Niederträchtigkeit des Kollegen Blinzig einzugehen, halte er nicht für nötig. Nachdem die Kollegen Blinzig und Beyerling hierauf erwidert und Kollege Klein betonte, Kollege Lindner habe den Artikel nur geschrieben, um Vergleiche anzustellen, wurde dieser Gegenstand verlassen und zur Besprechung der Rechnungsergebnisse für das Jahr 1912 übergegangen. Kollege Bong stellte als Revisor fest, daß bei den Revisionen jederszeit alles in besser Ordnung gefunden worden sei, was von der Sichtbarkeit des Kassierers zeuge. Kollege Hoyer griff aus dem Gauberichte verschiedene Punkte heraus. Er forderte, durch eine rege Agitation bei den Mitgliedern eine

Berufung des Gewerkschaftsgedankens herbeizuführen, damit diese sich praktisch betätigen und auch ihre Meinung zum Ausdruck bringen können. In den Berichten der einzelnen Mitgliedschaften sei meistens von einem guten Geschäftsgange die Rede, und doch hätten große Summen für Reisen, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ausgegeben werden müssen. Er wünschte die allfälligen Überschüsse besser angelegt, um einen höheren Zinsfuß zu erlangen, die Konjunktur sollte ausgenutzt werden. Auf einige weitere Fragen, die Mindereinnahme an Zinsen im vergangenen Jahre gegenüber dem Vorjahr und das Gehalt der Vereinsobrin betreffend, gab Kollege Klein aufklärende Antwort. Mehrere Redner wandten sich gegen einige Ausprüche des Kollegen Hoyer, jo namentlich wegen des einzelnen Kollegen gemachten Vorwurfs der Krankheitsstimulation bei eintretender Konditionslosigkeit sowie wegen der angeblichen Interesslosigkeit der jüngeren Mitglieder am Vereinsleben. Kollege Müller fand die Leistungen der Mitgliedschaftskasse gegenüber andern Ortsvereinen sehr minimal. Zur Wahl eines Vertrauensmanns, Stellvertreters und Schriftführers für die Mitgliedschaft stellte Kollege Müller den Antrag, die seither amtierenden Kollegen, denen ja durch die Wiederwahl in den Gauvorstand das Vertrauen der Mitglieder entgegengebracht worden sei, wiederzuwählen, was die Versammlung auch akzeptierte. Die Wahl einer fünfgliedrigen Kommission und dreier Revisoren für das Internationale Buchdruckersekretariat erledigte sich in der gleichen Weise. Die Aufstellung von Kandidaten behufs Wahl von Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung nahm längere Zeit in Anspruch. Der Vorliegende gab bekannt, daß von der Provinz sechs Kandidaten angemeldet worden seien. Man einigte sich dahin, noch sechs hiesige Kollegen aufzustellen; von diesen zwölf Kandidaten sind sieben zu wählen. Aufgestellt wurden die Kollegen Beyerling, Blinzig, Kasper, Anie, Schlipf und Wendel (Stuttgart), Böldner (Pforzheim), Gühner (Heilbronn), Koch (Lüdingen), Kienle (Göppingen), Scharr (Obernorf) und Wenzelburger (Sümdin). Betreffs der Delegiertenwahl wurden von einigen Seiten Wünsche laut, welche der Vorliegende versprach, so gut es ginge, berücksichtigen zu wollen. Zum nächsten Punkte: „Besprechung der Anträge zur Verbandsgeneralversammlung“, unterzog zunächst Kollege Kasper die einzelnen Tagesordnungspunkte einer Würdigung. Er betonte u. a., daß die diesmalige Generalversammlung unter dem Zeichen der Reorganisation des Unterstützungswesens stehen werde, die allgemeine tarifliche Lage werde jedenfalls eine ausgiebige Ausprägung zeitigen. Auf die Anfrage des Vorliegenden, ob in der Besprechung fortgefahren werden solle oder ob Vertagung bis zur nächsten, am 24. Mai stattfindenden Versammlung eintreten solle, erklärte sich die Versammlung für Vertagung.

Rundschau

Ferien! Die schon in Nr. 44 gemeldete Ferienbewilligung der Buchdruckerei von Joh. Herrn. Neumann Nachf., G. m. b. H., in Barnefelden (Münchhausen), befiat auf die Kommentierung, daß die Ferien in erster Linie deshalb gewährt wurden, um Entlastungen in der flaueren Geschäftszeit zu vermeiden und um dem Betrieb ein gut eingearbeitetes Personal zu erhalten. Diese Gründe verdienen alle Anerkennung, denn sie lassen erkennen, daß die Geschäftsführung die Begriffe Leistung und Gegenleistung in vorbildlicher Weise miteinander zu verbinden versteht.

Gehilfenprüfung. In Bad Kreuznach legten 7 Neuausgelernte die Gehilfenprüfung ab. Das Resultat war folgendes: 4 Seher erhielten die Note „Gut“, 1 Seher „Genügend“, 1 Drucker „Gut“ und ein Gehilfe, der als Schweizerdeggen angemeldet war, mußte zurückgewiesen werden, weil er zu wenig Maschinenkenntnisse hatte. Der junge Mensch, der bloß drei Jahre und zudem noch in einer nichtkarifreuen Druckerei „gelernt“ hatte, erwies sich als total unfähig, auch nur bescheidenen Ansprüchen zu genügen. — In Marburg unterzogen sich drei Neuausgelernte und ein Kollege, der schon im vorigen Jahr ausgearbeitet hatte, der Gehilfenprüfung. Einer der Prüflinge erhielt die Note „Gut“, einer „Genügend bis Gut“ und zwei kamen mit der Note „Genügend“ davon.

Freigelegter Buchdruckereibesitzer. Von der Anklage des Mordversuchs gegen seine Frau wurde der Buchdruckereibesitzer Paul Groschen in Berlin von dem Schwurgerichte des Berliner Landgerichts I unter Verneinung sämtlicher Schuldfragen freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen.

Reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens. Die Reichstagskommission, die eine Regelung des Submissionswesens in die Wege leiten soll, hatte dieser Tage über die grundsätzliche Frage zu beraten und abzustimmen, ob eine reichsgesetzliche, allgemeine Regelung des Submissionswesens in Aussicht zu nehmen sei. Dagegen sprachen die Abgeordneten Erl und Sir. Der erstere wollte durch seinen Widerspruch angeblich verhindern, daß das in Bayern gut geregelte Verfahren bei Submissionen durch reichsgesetzliche Regelung „verpflichtet“ werde, und Sir wollte keine reichsgesetzliche „Verbürgung“. Mit Recht wurden diese partikulärstischen Anschauungen von andern Kommissionsmitgliedern bekämpft und darauf hingewiesen, daß die eigentlichen Mittelstandsreferier meist da verfaßten, wo eine ernsthafte Entscheidung gefällt werden sollte und die Fortschritte im Submissionswesen der einzelnen Länder dazu dienen sollten, sie auch in reichsgesetzliche Formen zu bringen. Die Abstimmung ergab mit 16 gegen 11 Stimmen die Anerkennung einer reichsgesetzlichen Regelung des Submissionswesens. (Fortsetzung in der Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 46 — Leipzig, den 22. April 1913

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Dieses Resultat ist darauf zurückzuführen, daß selbst mehrere Parteigänger der genannten opponierenden Abgeordneten ebenfalls für die reichsgesetzliche Regelung stimmten und dadurch ihre mittelständlerischen Wortführer im Stiche ließen.

Zurückhaltung der Leistungen. Gegenüber den modern gewordenen Vorwürfen aus Unternehmerkreisen gegen die Arbeiterschaft, daß sie sich einer immer fähigeren werden Zurückhaltung der Arbeitsleistungen befleißige, obwohl fast durchweg in allen Berufsständen die geistige wie mechanische Arbeitsleistung viel intensiver geworden ist als in früheren Jahren, ist es jedenfalls sehr interessant festzustellen, daß die gewerbliche Unternehmungslust in jenen Kreisen, die sonst ihre Kapitalien in Gewerbe und Industrie zu verwerfen suchen, ganz bedeutend im Niedergange begriffen ist. Das wird in der „Konjunktur“ mit folgenden Ziffern unbefristet bewiesen: Im ersten Quartale dieses Jahres, zu den Vorjahren in Vergleich gesetzt, wurden für gewerbliche Neuinvestitionen in Deutschland folgende Summen in Millionen Mark ausgegeben:

Januar bis März	Neu-gründungen	Kapitals-erhöhungen	Summe der Neu-investitionen
1907	170,73	226,62	397,35
1908	151,86	98,15	250,01
1909	188,71	109,04	297,75
1910	155,18	128,49	283,67
1911	167,71	156,85	324,56
1912	180,12	250,48	430,60
1913	142,60	79,77	222,37

Also selbst hinter der Unternehmungslust im Krisenjahre 1908 bleibt die Leistung für Neuinvestitionen zurück. Besonders bedeutend war die Abnahme der Kapitalsanprüche von Aktiengesellschaften, während Gesellschaften mit beschränkter Haftung noch immer in großer Anzahl entstanden. Der Niedergang der Unternehmungslust erstreckt sich in mehr oder minder starkem Grade auf alle gewerblichen Betriebszweige. Abgesehen von den Vorboten rückläufiger Konjunktur, die sich in einer Verschärfung der Geldnot erkennen machen, dürften zweifellos auch die in den letzten Jahren durch außerordentliche Steigerung der konstanten Kapitalfälle in Maschinen, Gebäulichkeiten und andern „arbeitsparenden“ Produktionsmitteln hervorgerufene „Befestigung des Warenmarktes“ und der sich daraus konsequenterweise ergebende Fall der Profitrate in den gewerblichen Unternehmungen diese Zurückhaltung der Leistungen“ betürsacht haben. Aus diesem Zusammenhänge erklärt sich dann auch die Klage über Rückgang der Leistungen der Arbeiter, da deren Arbeitsleistungen trotz höherer Intensität proportional für den einzelnen Unternehmer nicht mehr die gleich hohen Gewinne abwerfen wie früher. Dieser verhältnismäßige Rückgang der Rentabilität höherer Arbeitsleistungen, der nur eine logische Folge der heutigen „bewährten“ Wirtschaftsordnung ist, bringt es dann mit sich, daß die Unternehmungslust ihren früheren Ansporn verliert. Von dem Arbeiter verlangt man aber mit alter Dreifachheit, daß er trotz sinkenden Lohnwertes seine Arbeitskraft immer intensiver anstrengen soll. Das ist Theorie und Praxis in der Lehre und Anwendung der Begriffe Zurückhaltung der Leistungen, je nachdem man die Frage als Arbeiter oder als Unternehmer beurteilt.

Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. Nach einer neuerlichen Entscheidung des Oberlandesgerichts in Düsseldorf fallen auch das Ausstragen von Waren und sonstige Botengänge unter den Begriff der Beschäftigung in einem gewerblichen Betrieb. Ist also die Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern in einem gewerblichen Betriebe (Fabrik- und Motorbetrieb) verboten, so dürfen Kinder auch nicht mit solchen Arbeiten und Gängen beschäftigt werden, die irgendwie und indirekt den Zwecken dieses Betriebs dienen, und selbst dann nicht, wenn das Kind mit dem eigentlichen Betriebe gar nicht in Berührung kommt.

Herr im eignen Haus? Einem Zununungsmeister in Nürnberg wurde kürzlich die Forderung seiner Arbeiter auf Abschluß eines Tarifvertrags unterbreitet. Der Meister war bereit, mit seinen Gesellen darüber zu verhandeln, aber die für ihn zuständige Fleischerinnung verbot ihm jede Verhandlung mit der Organisation der Gehilfen und drohte ihm mit dem Ausschluss aus der Innung und der damit verbundenen Entziehung vieler gewerblicher Vorteile. Nun versuchte der Meister durch Aufstellung einer neuen Arbeitsordnung für seinen Betrieb den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen. Aber kaum hatte die Innungsleitung von diesem Abkommen Kenntnis bekommen, als sie sofort wieder mit dem Ausschlusse drohte, wenn er die Arbeitsordnung nicht sofort rückgängig mache; außerdem wurde eine diesbezügliche Beschwerde bei der Handwerksammer gegen ihn eingeleitet. So achten die zünftlichen Unternehmer das sogenannte „Recht der Herren im eignen Hause“ gegenüber ihren Kollegen.

Mangelndes sozialpolitisches Verständnis bei Ober-vericherungsämtern. Die Willkür mancher preussischen Landräte und einzelner Regierungspräsidenten wird wieder einmal in ein recht helles Licht gerückt, und zwar von einer Seite, von der man dies sonst nicht erwartet, nämlich dem preussischen Handelsminister. Dieser schreibt in einem Erlasse vom 31. März, der jetzt bekannt wird, an

die Regierungspräsidenten wegen der neuen Organisation der Ortskrankenkassen. Der Minister führt in diesem Erlasse aus, es sei ihm aufgefallen, daß die Obervericherungsämter, wo sie die Zulassung von Ortskrankenkassen ablehnen, diese Ablehnung mit einer ganz unzulänglichen Begründung versehen. Der Minister fordert eine durch Tatsachen belegte Begründung und droht: „Ich werde sofort Bescheide der Obervericherungsämter, welche diesen Anforderungen nicht entsprechen, aufheben und die Angelegenheit zur nochmaligen Beschlussfassung an das Obervericherungsamt zurückverweisen.“ Der Minister lehnt sich sogar genötigt, den „nachgeordneten Instanzen“ öffentlich seine schärfste Mißbilligung auszusprechen. Er schreibt: „Geradezu mißbilligen aber muß ich die Gepflogenheit einzelner Vericherungsämter, ihre Mitteilungen, Anordnungen und Entschreibungen mit dem Sinne darauf zu begründen, daß... von mir Anordnungen getroffen seien, gegen die jedes Vorgehen aussichtslos sei.“ Die Vertreter der Herren Landräte und Regierungspräsidenten glaubten nämlich durch derartige Hinweise Beschwerden beim Minister gegen ihre Anordnungen verfilzen zu können. Welchen Eindruck dies merkwürdige Verfahren bei der Bevölkerung gemacht hat, darüber äußert sich der Minister folgendermaßen: „Durch das befremdliche Verhalten mancher Vericherungsbehörden ist in den Augen der Bevölkerung der Anschein erweckt worden, als ob die ganze Organisation der Krankenversicherung durch meine Kommissare unabänderlich festgelegt worden sei, und die Vericherungsbehörden für ihre Entschreibungen keine Verantwortung zu tragen hätten.“ Der Minister schließt deshalb mit der Mahnung: „Ich erlaube, dafür zu sorgen, daß das Obervericherungsamt seine Entschreibungen sorgfältig und nach sachlichen Gesichtspunkten unter Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften trifft und begründet.“ Es muß schon weit gekommen sein mit der Willkür der Herren Vertreter der Landräte und Regierungspräsidenten, wenn sich der preussische Handelsminister entschleht, die Pflicht in die Öffentlichkeit anzutreten, um seinen Untergebenen Sachlichkeit und Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften einzuschärfen, wenn er „von einem befremdlichen Verhalten“ spricht und in aller Öffentlichkeit den Behörden seine Mißbilligung ausdrückt. Hoffentlich ist dies etwas derbe Abfertigung von nachhaltiger Wirkung, hoffentlich auch auf anderen Gebieten der verwaltungsbürokratischen Tätigkeit.

Resultat der Streikprozesse im Ruhrreviere. Nach einer neueren Feststellung des freien Bergarbeiterverbandes ist der Ausgang von 1206 Streikprozessen, die aus dem vorjährigen Bergarbeiterstreik hervorgingen, bekannt geworden. Es sind dadurch 299 Männer und 84 Frauen zu Gefängnisstrafen und 274 Männer und 148 Frauen zu Geldstrafen verurteilt worden. 280 Männer und 92 Frauen mußten freigesprochen und in 29 Fällen mußte das Verfahren eingestellt werden. Es wurden verhängt an Gefängnisstrafen an Männer insgesamt 28 Jahre, 3 Monate und 2 Wochen. Aber Frauen 2 Jahre, 8 Monate, 2 Wochen und 4 Tage; zusammen 30 Jahre, 11 Monate, 4 Wochen und 4 Tage. Geldstrafen wurden verhängt über Männer 10601 Mk., über Frauen 5744 Mk., zusammen 16345 Mk. In einzelnen betragen die Gefängnisstrafen; bei Männern mehr als ein Jahr in 4 Fällen, mehr als einen Monat in 70 Fällen; mehr als eine Woche in 177 Fällen und weniger als eine Woche in 48 Fällen. Bei Frauen mehr als einen Monat in 5, mehr als eine Woche in 54, weniger als eine Woche in 25 Fällen. Die durchschnittliche Höhe der Geldstrafen betrug bei Männern 38,60, bei Frauen 38,80 Mk. Die durchschnittliche Höhe dieser Geldstrafen läßt erkennen, daß unverhältnismäßig hohe Geldstrafen verhängt worden sind. Einzelne Strafen gehen hinaus zu 150 Mk. und wofür? Für ein „Pfeil“ oder für den Ruf „Streikbrecher!“. Auf die 1206 Fälle, bei denen der Ausgang des Prozesses bekannt ist, entfallen 372 Freisprechungen. In 29 Fällen wurde das Verfahren eingestellt, das sind insgesamt 401 Fälle oder 32 Proz., also fast ein Drittel aller Fälle. Für die Opfer dieser Klassenjustiz empfiehlt das „Berliner Tageblatt“, eine umfassende Amnestie dem Kaiser vorzuschlagen, damit das Jubiläumsjahr eine soziale Note erhalten würde, die man bisher vermisst habe.

Die Familienunterstützung bei Frankenkassen. Eine beachtenswerte Entscheidung fällt jüngst der Oberbürgermeister von Düsseldorf als Aufsichtsbehörde der Frankenkassen über die Rechte der Kassen. Ein Kassenmitglied hatte für die bei der Kasse bestehende Zusatzversicherung für die Familienmitglieder längere Zeit keine Beiträge gezahlt und damit seine Rechte an der Familienunterstützung verwirkt. Als nun das Mitglied nach Verkauf eines halben Jahres verlangte, von neuem zur Familienversicherung zugelassen zu werden, machte die Kasse dies von der Nachzahlung der Beiträge für das halbe Jahr und von der Zurücklegung der statutarischen Karenzzeit von vier Wochen abhängig. Die Kasse stellte dabei den Grundsatze auf, daß Mitglieder, welche infolge Nichtzahlens ihrer Beiträge der Familienversicherung verlustig gingen, überhaupt nicht mehr hierzu zugelassen werden brauchen, und es sei lediglich Entgegenkommen der Kassenvorwaltung, wenn dies dennoch geschehe. Hiergegen wandte sich das Mitglied an die Aufsichtsbehörde und beantragte Zulassung zur Familienver-

sicherung ohne Nachzahlung der Beiträge. Diefem Antrage gab der Oberbürgermeister statt. Zu den Voraussetzungen der Familienunterstützung gehöre gefehlt und statufgemäß nur das Stellen eines Antrags und die Entrichtung der Zusatzbeiträge vom Tage des Antrags ab, nicht aber die Zustimmung der Kasse. Eine Nachzahlung von Zusatzbeiträgen seit Einstellung der früher schon bestehenden Familienversicherung dürfe nicht gefordert werden. Der Verlichtete könne seinen Anspruch beenden durch regelrechten Austritt oder Einstellung der Zahlung der Zusatzbeiträge. Die Änderung des Rechtszustandes vollziehe sich im letzteren Falle von selbst, ohne Zutun der Kasse. Die Kassenvorwaltung habe nicht das Recht der „Ausschließung“, und es könne deshalb auch nicht von der „Wiederaufnahme“ eines „Aussgeschlossenen“ die Rede sein.

Gewerkschaftsnachrichten. Im Baugewerbe find entsprechend dem Vorlage der Unparteiischen, nach Abschluß der örtlichen Verhandlungen die zentralen Verhandlungen fortzusetzen, neue Verhandlungen für die nächsten Tage im Reichstagsgebäude einberufen worden. — Im Malergewerbe verließen die Unternehmervertreter das Scheitern der Verhandlungen einzig und allein den Gehilfenvertretern in die Schuhe zu schieben, obwohl die letzteren in erster Linie den Vorschlägen der Unparteiischen, wenn auch nur als dem mindesten, ihre Zustimmung gaben. Die Situation wird für die Unternehmer füglich ungünstiger, da die Zahl der Sonderverträge immer größer wird und die Zahl der Ausgeperrten fortwährend abnimmt, so daß es der Gehilfenorganisation von Tag zu Tag leichter wird, die ausperrungslustigen Scharmacher zu blockieren. — In Köln endete ein mehrwöchiger Streik der Bäcker mit ansehnlichem Teilerfolge.

verschiedene Eingänge.

„Typographische Mitteilungen.“ Offizielles Organ des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften. Viertes Heft 1913. Zehnter Jahrgang. Herausgegeben vom Verbands der Deutschen Typographischen Gesellschaften. Dieses Heft enthält eine ganze Serie geschmackvoller Sammelmuster für Geschäftskarten sowie mehrere sehr instruktive Artikel fachtechnischer Natur über Satz und Druck sowie den Bericht des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften für das Jahr 1912. Inhalt wie Ausstattung sind wiederum mittergütig und berechtigen uns in vollem Maße zu dem Wunsche, daß diese gediegene und billige Fachschrift immer mehr als praktischer Ratgeber und Führer von jedem fachtechnisch vorwärtstrebenden Kollegen Anerkennung finden möge. Der Abonnementspreis beträgt nur 60 Pf. für das Quartal, für Lieferung nur 30 Pf. Problemnummern verlangen man gegen Entsendung von 10 Pf. für Porto von der Verlagstelle in Leipzig-Stötteritz, Arnoldstraße 20. In Orten, wo Typographische Gesellschaften bestehen, sind deren Vorstände gern zur Vermittlung von Bestellungen bereit.

„Technische Mitteilungen.“ Herausgegeben von der Zentralkommission der Maschinenfabrik Deutschlands. Nr. 103. Aus dem Inhalte heben wir hervor: Vom Berechnen und die automatische Abteilverrichtung an Typograph. Die „Technischen Mitteilungen“ erscheinen am 1. jeden Monats. Bestellungen sind unter Vereinfachung des Bestells (13 Pf. bei portofreier Zusendung) an Paul Richenbain in Berlin-Neukölln, Eibelfstraße 30, und redaktionelle Mitteilungen an A. Böbe in Berlin SW 29, Willibalds-Allees-Strasse 34 III, zu richten.

„Arbeiterferien.“ Unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Metallindustrie. Nach einer im Jahre 1912 veranstalteten Erhebung dargestellt vom Vorstande des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Druck und Verlag von Alexander Schlichte & Co. in Stuttgart.

„Die Neue Zeit.“ Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von J. S. W. Dieb Nachf. in Stuttgart. Heft 28 und 39. 31. Jahrgang. Preis 25 Pf. pro Heft, vierteljährlich 3,25 Mk.

„In Freien Stunden.“ Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. XVII. Jahrgang. Seite 11—13. Preis pro Heft 10 Pf.

Briefkasten.

A. S. in A.: Der Gutenbergbund hat uns seine „Denkschrift“ nicht zugesandt, ein Gehilfenvertreter stellte sie uns erst im letzten Momente zur Verfügung. — D. M. in B.: Wenn Ihr Redakteur meinte, Mikita-Strümmers Gewinn und Geschwindel hätte kein Interesse für die Öffentlichkeit, so kann dem nur zugestimmt werden. — M. A. 22: Ihnen wie allen Einsendern von Zeitungen, die sich von unsern Montenegrozimmern hinteres Licht führen lassen, besten Dank. Ob der „Reichsbote“ (18. April) aus eignen dazu gekommen, den „Nationaldemokraten“ mit seinem hinterhältigen Schuss auf Geheimrat Bügenstein zu zitteren und wessen Geschäfte dieses Blatt mit dieser sossigen Denunziation befragt, wird wohl schwer festzustellen sein. Gewiß hat der Gutenbergbund im Jahre 1911 eine anonyme Broschüre vor den Tarifverhandlungen zum Verlande gebracht, die in der Hauptfläche sich ebenfalls gegen B. richtete,

eine Teilhaberschaft an dieser neuen Periode ist daraus aber nicht ohne weiteres herzuleiten. Von montenegrinischen Stinabomben sollen allerdings, wie zwischen den Zeilen im „Exp.“ zu lesen ist, neue Arten zur Verwendung kommen. — L. G. in B.: Da sind Sie falsch unentrichtel. Das Verhältnis zwischen der Leipziger Arbeiterschaft und den Buchdruckern ist im Gegenteil jetzt durchaus gut. Der stellvertretende Gauvorsitzende, Kollege Hesselbarth, ist sogar Vorsitzender des Leipziger Gewerkschaftsrates. Vor sechs Jahren wurden dagegen die Buchdrucker aus dem Rat der Leipziger Gewerkschaft ausgeschlossen. — S. W. in M.: 1. Diese Empfindlichkeit kennen wir; die am meisten den Mund vollnehmten, sind auch meistens die, welche am wenigsten etwas einsehen wollen. 2. Was Sie in der Sache selbst monieren, wird durch einen Vergleich mit Ihrem Manuskript nicht bestätigt; abgesehen natürlich von der Streichung. — F. S. in L.: Die „Schallwirkung“ der „Seifenschiff“ ist von so geringer Wirkung, daß ein schwächerer Schlüsselpunkt der Polemik gegen den „Korr.“ nicht aufgeführt werden konnte. Uns ist deshalb diese „Schallwirkung“ ganz genehm.

noch nicht Mitglied. — Martin Prüfer in Kiel, Schauenburgerstraße 34 part.

Arbeitslojenunterstützung.

Hauptverwaltung. Die verehrlichen Funktionäre werden gebeten, das Quittungsbuch des Druckers Alfred Köppler aus Märscherleben (Hauptbuchnummer 8881) behufs Feststellung der bezogenen Unterstützung einzuwenden mit gleichzeitiger Angabe einer Adresse, an die dem Kollegen das Buch zurückgeschickt werden kann. Die Reiselegitimation des Betreffenden ist bezüglich der Einwendung des Quittungsbuchs mit einem entsprechenden Vermerke zu versehen.

— Ferner bitten wir um Einwendung des Quittungsbuchs und der Reiselegitimation für den Seher Artur Bäumer aus Mühlheim a. Rheim. (Hauptbuchnummer 68188). Da über dessen weitere Mitgliedschaft noch Beschluß zu fassen ist, so darf dem Genannten über die Abnahme des Quittungsbuchs keine Bescheinigung ausgehändigt werden.

Berufungskalender.

Bochum. Bezirksversammlung Sonntag, den 25. Mai, nachmittags 8 Uhr, in Böttlingen, im „Reichsadler“, Segger Straße. Anträge bis 10. Mai an den Vorsitzenden.
Großsch. Regau. Versammlung Sonnabend, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal in Großsch.
Kalle a. S. Versammlung Sonnabend, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, in den „Drei Königen“, Kleine Klausstraße 7.

Tarifamt der deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
Brieftadresse: z. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.

Schöner Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1912.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

I. Kreis.

Braunschweig: Meise, Robert, G. m. b. H.
Hildesheim: „Goldener Turm“ (Franz Gleich).

II. Kreis.

Bad Münster am Stein: Verlagsdruckerei Bad Münster am Stein.
Benrath a. Rh.: Tischler & Schäfer.

Düsseldorf: Rheinisch-Westfälischer Drucksachenvertrieb (Joseph Heinen); Mühs, Wilhelm.
Goch: Holländische Margarinewerke Jürgens & Prinzen, G. m. b. H.

Köln-Banenthal: Köllers, Franz, Nachf., Inhaber Peter Köllers.

Köln-Höfnungsthal: Wigram, Emil.
Rüdenich: Kellling, Wilhelm.

Remscheid: Schlagmann, August.
Schalksmühle i. W.: Güllemann-Warnecke.

IV. Kreis.

Sahloch (Pfalz): „Sahlocher Zeitung“ (Friedrich Schnepf).
Vabr: Pfaff, Alfred.

Mannheim-Feudenheim: Buch- und Anzeigenverlag „Badenia“ (Wilhelm Bingenier).
Plochingen: Kessler, Immanuel.

IV a. Kreis.

Kolmar i. E.: Els, Richard.

Strasbourg i. E.: Pfindel & Simon (Karl Pfindel, Henri Simon).

V. Kreis.

München: Reuter, Alexander.
Lüding: „Oberbayerischer Bote“, Buchdruckerei und Setzungsverlag, G. m. b. H.

VI. Kreis.

Greppin (Dorf): Koch, Bernhard.
Magdeburg: Buchdruckerei „Merkur“ (Max Kassenberger).

VII. Kreis.

Bärenstein i. E.: Tippmann & Häbler (Rudolf Tippmann).
Chemnitz: Baum, C. W.

Leipzig: Heine & Köpfer.

VIII. Kreis.

Berlin: Alliance, Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H.; Bäcker, Georg; Berggrün, Joseph; Druck- und Reklamewerkstätten (M. Berger und Fr. Lieblisch); Seidemann, Paul; Ewenthall, Eduard (Walter Schmigelsh); Schwarzkopf, Hans, G. m. b. H.; Jörn & Jacobi.

Neukölln: Beigal, Oskar; Weiß, Karl.
Schöneberg: Hoffmann & Campes Verlag und Druckerei (Max Laube).

IX. Kreis.

Beuthen (O.-Schl.): Djendjöl & Hildebrandt.
Friedland (Bezirk Oppeln): Kaufh, Georg.

Görlitz: Buchdruckerei Eugen Munde (Harry Eger).
Laurahütte: Pramot, Ferdinand.
Zawodzie b. Kattowitz: Biallas, Josephine.

X. Kreis.

Barmstedt i. S.: Prange, Johs.
Flensburg: Jürgensen, Karl Heinrich.

Hadersleben: Gutenbergdruckerei Wilhelm und Uwe Schübe.
Hamburg: Riedermann, Johs. (Wilhelm J. R. Bargmann).

Kiel: Schmke, Johannes.

XI. Kreis.

Hohenluchen: Buchdruckerei vom Rosen Kreuz.
Mühlrose: Schneeweiß, Karl.

XII. Kreis.

Gumbinnen: Galbultinski, Gustav.

Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Buchdruckereien gestrichen wurde die Firma:

Kreis IX: J. Pröbster in Neufals a. D.

Aus der Liste der tariffreien Gehilfen wurden gestrichen: Rudolf Krehlmaier aus Mittweida; Jost in Hainichen, und Alexander Dämmig aus Radeberg, Jost in Hainich i. B.

Bekanntmachung

Der Beschwerdebüro betreffend:

Kreis VIII. (Erfasswahl.) G. Ballarin, in Firma Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck und Gutenbergdruckerei H. G. Hefelbreter Vorleser; H. Bennigson, in Firma Pöhl & Garleb, G. m. b. H.

Berlin, den 15. April 1913.

Franz Francke, G. S. Gieseler, Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 511.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Stuttgart. Die Herren Funktionäre ersuchen wir um Angabe der Adresse des Sehers Anton Kammermayer aus Gießelbrunn an das Bureau, Keuffelstraße 54 pf.

Adressenveränderungen.

Emmerich a. Rh. Vorsitzender: Heinrich Meisters, Breidenbachstraße 114.

Gummersbach. Kassierer: Bernhard Krögmann, Mollkestraße 28.

Kempten. Vorsitzender: Anton Koch, Schulberg C 14.
Neufals a. Oder. Kassierer: Paul Neumann, Karlstraße 9.

Rothsch. Vorsitzender: Reinhold Schippel, Lange Straße 18.

Sterkrade. Vorsitzender: Reinhold Pohl, Marktstr. 31.
Anna i. W. Vorsitzender: Georg Eilert, Flügelsstraße 12; Kassierer: H. Schöps, Wasserstraße 13 II.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):

In Albersberg der Seher Fritz Preiber, geb. in München 1896, ausgel. in Wilsbiburg 1913; war noch nicht Mitglied. — In Garmisch der Seher Ludwig Papp, geb. in Kaufbeuren 1865, ausgel. dal. 1883; war noch nicht Mitglied. — In Solzkirchen der Seher Georg Hausberger, geb. in Neumarkt a. R. 1891, ausgel. dal. 1908; war noch nicht Mitglied. — Sol. Seib in München, Holzstraße 24 I.

In Bochum der Seher Stephan Böhner, geb. in Hoffede 1892, ausgel. in Bochum 1912; war noch nicht Mitglied. — In Wanne der Schweizerdegen Robert Rammenesee, geb. in Schwandorf 1895, ausgel. in Selb 1912; war noch nicht Mitglied. — G. Friedemann in Bochum, Wemelhauser Straße 42.

In Niebüll der Seher Ludwig Ahlgrimm, geb. in Stavenhagen (Mecklenburg) 1894, ausgel. dal. 1913; war

Eingeführte Vertreter

ge sucht zum provisorischen Verhau von Buchbindermolekulin und Notstein für Walzenbezug in Rotationsmaschinen. 1631
Gebr. Bagedes, Mech. Weberei, Bocholl i. W.

Maschinenmeister gesucht!

Sich Suche zu sofortigem Eintritt einen Maschinenmeister zum Bedienen von Papierwaren auf einer neuen Augsburgischen Maschine mit Königs Wagenanleger. Bewerber, nicht unter 23 Jahren, wollen sich unter Beifügung von Zeugnisabschriften und Gehaltsangabe melden. Stelle dauernd. 1639
Hofbuchdruckerei und Papierwarenfabrik Otto Bachmann, Saulgau (Würtbg.).

Messinglinienhobler,

Messingglintenschneider

sucht C. Küger, Leipzig.

Galvanoplastiker

sucht sofort Stellung. Offerten an Oskar Giesche, Köln a. Rh., Pefengraben 36. 1635

Buchdruckerverein in der Kgl. Haupt- und Residenzstadt Hannover

Dienstag, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr:

Ordentliche Generalversammlung

im Saale des „Königshaus“. Der Vorstand.

Buchdruckerstenographenverein

Gabelsberger, Leipzig

Donnerstag, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr:

Monatsversammlung

1641 im Vereinslokale, „Café Blauenford“, Dresdener Straße 8. Der Vorstand.

„Gutenberg-Berein Würzburg“
(V. d. D. B.) ... 1863—1913

An den Pfingsttagen (10. bis 13. Mai) 1913 feiert die Mitgliedschaft Würzburg ihre **fünfzigjährige Jubelfeier**

bestehend in:

Sonnabend, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Begrüßungsabend mit Ehrung für 25 jährige Verbandsangehörigkeit.
Sonntag, den 11. Mai, vormittags 10 Uhr: Festversammlung, Festredner: Verbandsvorsitzender Emil Döblin (Berlin); nachmittags 5 Uhr: Großes Konzert.
Montag, den 12. Mai, vormittags: Besichtigung von Sehenswürdigkeiten der Stadt Würzburg oder kleiner Ausflug in die Umgebung; nachmittags 3 1/2 Uhr: Gartenfest, abends 8 Uhr: Ball.
Dienstag, den 13. Mai, nachmittags: Für verblebende Festgäste Ausflug per Dampfer nach dem Kgl. Hofgarten Beltschöchheim.

Sämtliche Festlichkeiten finden in den Lokalitäten des „Süddeutschen Gartens“ statt. Alle Kollegen, besonders die früher mit unserer Mitgliedschaft in Beziehung standen, sind herzlich eingeladen. Für sachkundige Führung vom Hofpforte zu den Quartieren bzw. zum „Süddeutschen Garten“ ist Sorge getragen, und wollen sich auswärtige Gäste betrefis Auskunft oder Beschwerte an die Fest- (grün-weiße Kasse) oder Wohnungskommission (rot-weiße Kasse) wenden. Anmeldungen und Fragen betrefis Quartiere sind von heute ab an Kollegen Georg Engel, Würzburg, Fabrikstraße 15 III, zu richten.

Die Vorstandschaft.

H. MATHAEUS
DESSAU
Flössergasse 46
Katalog gratis u. fr.

Gegen monatliche Teilzahlungen
von 2 Mk. an erhalten Verbandskollegen Brochhaus' Kl. Universallexikon (2 Bde. 24 Mk.) von St. Stigl. München 2, Holzstraße 7. 1461

Meine „Gastrolle“ im Priemladen zu Weimar, Geselestraße, ist glücklich beendet. Das Andenken des bleiberen „Brandmeisters“ werde ich hoch in Ehren halten. Hermann Trezows.

Zurichtmesser und Scheren
Abzschleife, Büchsen, (Kasserette), Perseker und Durchschläge, Schuh-anzüge für Maschinenmeister empfiehlt A. Siegel, München 2, Holzstraße 7. Katalog gratis. 1421



Was ist das?

! IF ist der neue Fernkursus im Entwerfen und Setzen gut wirkender Interate !

Jedermann kann an dem hierat-Fernkursus (IF) teilnehmen! Bitte sofort Prospekt und Anmeldeformular vom Verlage der „Typographischen Jahrbücher“ in Leipzig verlangen

Zeitenmaß mit sämtlichen Einstellungen 20 Pf. C. Geth, Frankfurt am Main 3.

Sierdurch die Trauernachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Korrektor **Emil Oppenheimer** im Alter von 60 Jahren verstorben ist. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahrt. 1636
Der Berliner Korrektorenverein.